Die Linke Baden-Württemberg

3. Tagung des 9. Landesparteitag

17.-19. Oktober 2025
in der Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen

Antragsheft 1

Antrag L01: Landtagswahlprogramm

Antrag S01: Wahlordnung

Antrag S02: Name

Die Linke Baden-Württemberg
Landtagswahlprogramm 2026

Einleitung 2
Menschen zuerst 4
Wohnungen für die Menschen: bezahlbar und gemeinnützig 4
Wohnen gemeinwohlorientiert organisieren 5
Leerstand bekämpfen – Wohnraum schaffen 6
Mieter*innen stärken und Mietrecht reformieren 6
Alle mitdenken: Solidarische Wohnraumversorgung 7
Wohnungsbau und sozialverträglicher Klimaschutz 7
Gutes Leben auf dem Land: für gleichwertige Lebensverhältnisse überall 8
Aktionsplan gegen Armut 9
Gesundheitsversorgung: bedarfsorientiert und nah am Menschen 11
Soziale und bedarfsgerechte Landeskrankenhausplanung 12
Gesundheitszentren in Dörfern und Stadtteilen 12
Sichere Versorgung im Rettungsdienst: Niemals zum Leidwesen der Patient*innen 12
Bessere Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen 13
Gesundheitsversorgung für alle 13
Würdevolle Pflege sichern 14
Hebammen schützen und Geburtshilfe erhalten 14
Gesundheitsbildung, Aufklärung und Verhütung fördern 14
Sorgende Städte und Gemeinden: Sorgearbeit ins Zentrum 14
Bildung für alle 15
Bildung ist ein Menschenrecht – demokratisch und ohne Diskriminierung 15
Kitastrophe beenden – Frühe Bildung ernst nehmen 16
Für eine Schule, die allen gerecht wird 17
Zugängliche akademische Bildung und gute Forschung 19
Bildung für alle – ein Leben lang 21
Arbeit, die zum Leben passt: gute Löhne und mehr Mitbestimmung 21
Kultur – Medien – Sport: für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft 23
Kultur für alle 23
Demokratische Medienpolitik 24
Sport stärkt Zusammenhalt 25
Zukunftsfähige Finanzierung: Vermögen besteuern und Soziales finanzieren 26
Baden-Württemberg für alle 28
Solidarische Migrationsgesellschaft 28
Antirassismus und Teilhabe 28

Eine humane Geflüchtetenpolitik 29
Bildung und Ausbildung für Geflüchtete 30
Linker Feminismus: gleichberechtigt und selbstbestimmt 31
Frauen- und FLINTA*politik 31
Queerpolitik 33
Jugend 34
Selbstbestimmte Behindertenpolitik 34
Weltanschaulich frei 35
Klimaschutz: konsequent und sozial gerecht 36
Sozial-ökologische Transformation der Automobilindustrie 36
Arbeitsplätze sichern, Mitbestimmung erweitern und Arbeitszeit verkürzen 37
Umbau der Automobilindustrie in eine nachhaltige Mobilitätsindustrie 37
Verkehrswende: nachhaltig und sozial 38
Für eine echte Energiewende 40
Sozial-ökologische Land- und Forstwirtschaft, Arten- und Tierschutz 41
Frieden und Demokratie verteidigen 43
Konsequent für Frieden 43
Grundrechte schützen 45
Rechtsstaatlichkeit sichern: Strafverfolgung, Strafvollzug und Justiz 47
Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen 48
Mehr Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik 50
Landespolitik mitgestalten 50
Ehrenamt fördern 51
Wir vergessen nicht: Erinnerungskultur stärken 51

Einleitung

Liebe Wähler*innen,

die Menschen in Baden-Württemberg halten dieses Land am Laufen. Sie stehen morgens früh auf, fahren ins Geschäft, bringen die Kinder in die Kita, pflegen ihre Eltern. Sie arbeiten als Erzieher*innen und in der Pflege, stehen am Band, liefern Pakete und Essen aus oder stehen an der Kasse. Sie engagieren sich in Vereinen, im Chor, bei der Feuerwehr – doch viel zu oft bleibt dafür neben dem Job keine Zeit.

Ohne diese Menschen gäbe es kein Daimler und kein Porsche, ohne sie wären unsere Kühlschränke leer und die Kinderbetreuung nicht organisiert. Sie erarbeiten den Reichtum in diesem Land und können sich trotzdem nicht mehr ihre Miete leisten. Sie sind die Menschen, die dieses Land ausmachen und sich viel zu oft abgehängt fühlen, weil der Bus nicht mehr in den Ort fährt, der letzte Laden im Dorf geschlossen hat und der Arzt seit Monaten keinen freien Termin hat.

Die Politik macht Versprechungen, aber Verbesserungen gibt es seit Jahren für die große Mehrheit im Land keine. Seit 15 Jahren wird die Landesregierung von den Grünen im Wechsel mit SPD und CDU geführt. Die Bilanz fällt für die Menschen im Land nicht gut aus. Gegen die Abwanderung von Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie hat die Landesregierung genauso wenig Ideen wie gegen den Fachkräftemangel in der Pflege.

Bezahlbarer Wohnraum wird immer mehr zur Mangelware. Die Landesregierung hat zwar neue Ministerposten geschaffen, aber keine bezahlbare Wohnungen. 20 Jahre lang wird im Kultusministerium ein Softwarefehler übersehen, der dazu führt, dass über 1.400 Lehrkräfte fehlen – mit fatalen Folgen für die Kinder in diesem Land. Die Regierung macht ihren Job nicht und erwartet von den Menschen, dass sie länger arbeiten und später in Rente gehen.

Immer mehr Menschen können sich im Alltag immer weniger leisten, während sich der Reichtum in den Händen von wenigen Einzelnen konzentriert. Die vielen Menschen, die Baden-Württemberg ausmachen, werden nicht gerecht am Reichtum dieser Gesellschaft beteiligt. Die Chancen junger Menschen und ihr Bildungserfolg hängen stärker vom Elternhaus als von der eigenen Leistung ab. Wer nicht erbt, für den bleibt ein Eigenheim meist ein unerfüllter Traum.

Die Menschen in Baden-Württemberg werden von dieser Politik nicht gesehen und nicht gehört. Diese Menschen werden im Landtag von keiner Partei vertreten, aber sie sind nicht allein. Wir sind wie viele Menschen in diesem Land davon überzeugt, dass es einen Politikwechsel für Baden-Württemberg braucht. **Wir wollen mit Dir zusammen dieser Politikwechsel sein!**

Wir wollen im Landtag von Baden-Württemberg eine Politik für die Menschen machen: Eine Politik, die nicht spaltet, sondern die Probleme angeht. Eine Politik, die wirklich zuhört und Demokratie ernst meint. Eine Politik, die sich mit den Konzernen und Aktionären anlegt, die sich auf unsere Kosten bereichern. Wir wollen eine Politik machen, die sich glaubhaft für konkrete Verbesserungen für die Mehrheit der Menschen einsetzt.

Wir sind davon überzeugt, dass es keinen Unterschied machen darf, wo Du herkommst, welches Geschlecht Du hast und ob du eine Behinderung hast oder nicht. Alle Menschen sollten die gleichen Chancen auf ein gutes und selbstbestimmtes Leben in Würde und Frieden haben. Diese grundlegenden Menschenrechte sind noch immer nicht verwirklicht, und das wollen wir ändern. Wir wollen ein Baden-Württemberg für alle!

Das heißt für uns, dass jeder Mensch sozial abgesichert ist und keine Angst vor der Zukunft haben muss. Jeder Mensch hat das Recht auf einen sicheren Arbeitsplatz und eine bezahlbare und sichere Wohnung. Sie sind die Voraussetzung dafür selbstbestimmt zu leben. Nicht immer läuft im Leben alles nach Plan, deshalb setzen wir uns für soziale Garantien für alle ein. In einem reichen Land wie Baden-Württemberg sollte eine gute und erreichbare Gesundheitsversorgung, verlässliche und kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Universität, Bus und Bahn, die in jeden Ort fahren, Kultur, Sport und Medien für alle selbstverständlich sein. Mit unserem Aktionsplan gegen Armut wollen wir Armut in Baden-Württemberg abschaffen.

Wir blicken mit großer Sorge auf den Rechtsruck im Land. Rechte Politik bedroht unsere Leben und die Demokratie. Sie macht Dein Leben nicht besser, sondern nutzt nur den Reichen.

Wir sind überzeugt, dass es mehr demokratische Mitbestimmung im Alltag und im Arbeitsleben braucht. Um gute Arbeitsplätze im Industriestandort Baden-Württemberg zu sichern, haben wir ein Konzept für eine sozial-ökologische Transformation der Automobilindustrie zur einer nachhaltigen Mobilitätsindustrie. Wir bauen den ÖPNV aus und schaffen gleichzeitig Hunderttausende neue Jobs im Ausbau der Infrastruktur und in der Produktion von Bus und Bahn. Den Vorstoß der Landesregierung die strauchelnde Automobilindustrie durch die Ausweitung der Rüstungsproduktion abzusichern, lehnen wir ganz entschieden ab. Es braucht soziale Antworten gegen die Klimakrise. Antworten, die niemanden zurücklassen und unsere Lebensgrundlagen schützen.

Deine Interessen und die Interessen aller Menschen ohne Lobby bringen wir in den Landtag. Damit dort endlich die Stimmen der vielen Menschen in Baden-Württemberg gehört werden, die ein gutes Leben für sich, für ihre Kinder und Enkelkinder wünschen, ohne nach unten zu treten.

Keine leeren Versprechungen mehr. Stattdessen unser Versprechen: Wir sind nicht käuflich und vertreten Deine Interessen auch nach der Wahl.

Unser Kompass: Menschen zuerst!

Menschen zuerst

Wohnungen für die Menschen: bezahlbar und gemeinnützig

Alle Menschen brauchen eine Wohnung, in der sie sich wohl und sicher fühlen können. Wohnen ist ein Menschenrecht, und das bedeutet mehr, als nur ein Dach über dem Kopf zu haben. Es bedeutet, dass es genügend Wohnraum gibt, der ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, bezahlbar, barrierefrei und für alle ohne Diskriminierung zu haben ist.

Doch dieses Recht müssen sich insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen teuer erkaufen, viele müssen 50 Prozent und mehr von ihrem monatlichen Haushaltseinkommen für Miete ausgeben oder finden gar keinen bezahlbaren Wohnraum. Wohngeld lindert die Misere nur bedingt und dient vor allem der Subventionierung hoher Mieten.

Wohnen ist eine Klassenfrage und die soziale Frage unserer Zeit: Im Wohnungsbereich prallen existenzielle soziale Bedürfnisse und ökonomische Interessen aufeinander. Hohe Mieten führen in die Armut, viele Menschen können keine Rücklagen für Notfälle, Krankheit oder das Alter bilden. Jeder zweite Haushalt hat Angst, die Miete in Zukunft nicht mehr zahlen zu können. Für junge Familien ist Wohneigentum häufig nur realisierbar, wenn sie mit einer Erbschaft rechnen können. Auf der anderen Seite stehen wenige große Wohnungskonzerne und Finanzinvestoren, für die die Steigerung des Gewinns das oberste Ziel ist. Das erreichen sie durch teure neue Apartments, Luxussanierungen und spekulativem Leerstand. Ein Interesse an mehr bezahlbarem Wohnraum haben sie nicht.

Eine Studie des Mannheimer Zentrums für europäische Sozialforschung (2025) zeigt, dass mit steigenden Mieten auch die Zustimmung zu rechten Parteien steigt. Wer wirklich

etwas gegen den Rechtsruck unternehmen will, muss bezahlbaren Wohnraum und sichere Lebensverhältnisse schaffen.

Es ist klar: Die Krise am Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg spitzt sich zu. Dem Land fehlen zunehmend bezahlbare Wohnungen. Besonders dramatisch ist die Situation bei den Sozialwohnungen. Zwar wurden die Mittel des Landes zur sozialen Wohnraumförderung zuletzt aufgestockt, doch aufgrund der auslaufenden Bindungen, kamen in der Summe nur wenige Wohnungen hinzu. Hier besteht ein enormer Nachholbedarf.

Wir kämpfen dafür, dass ausreichend Wohnraum für jeden Bedarf zur Verfügung steht und dass sich die Menschen diesen auch leisten können. Deswegen hilft es nicht allein Wohnraum zu schaffen, sondern die Miete im Bestand und Neubau müssen mit einem bundesweiten Mietendeckel effektiv reguliert werden und nicht mit einer wirkungslosen Mietpreisbremse.

Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen in Baden-Württemberg ein Recht auf ein bezahlbares Zuhause haben – ohne Ausgrenzung, Zwang oder Stigmatisierung. Ob Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit Behinderung, queere Menschen, Frauen, die aus Gewaltbeziehungen fliehen, oder alleinerziehende Mütter – niemand darf bei der Wohnungssuche diskriminiert werden!

Wir wollen die Rechte von Mieter*innen stärken.

Wohnungslose Menschen müssen zuallererst mit Wohnraum versorgt werden. Wohnungslosigkeit ist kein Ordnungsproblem – sie ist Ausdruck politischer Fehlentscheidungen. Die Linke kämpft dafür, dass alle Menschen in Baden-Württemberg das Recht auf ein Zuhause haben – ohne Ausgrenzung, Zwang oder Stigmatisierung.

Wir wollen den Immobilienhaien und den Mietprofiteuren das Handwerk legen. Das Wohnen muss wieder zurück in die öffentliche Hand kommen und gemeinnützig sowie demokratisch organisiert werden. Nur so kann Spekulation mit Boden und Immobilien Einhalt geboten werden.

Wohnen muss wieder öffentlich, dauerhaft bezahlbar und für alle zugänglich werden.

Deshalb wird Die Linke im nächsten Landtag ein Konzept „Wohnen und Mieten“ vorlegen mit folgenden zentralen Punkten:

- **Mietrecht reformieren und Mieter*innen stärken –** Mietwucher und Leerstand bekämpfen
- **20.000 Sozialwohnungen jährlich schaffen** – öffentlich, dauerhaft mietpreisgebunden, gemeinwohlorientiert, gut erreichbar und barrierefrei
- **Mieterhöhung stoppen – solidarische Wohnraumversorgung stärken!**
- **Wohnen muss beheizbar bleiben.**

Wohnen gemeinwohlorientiert organisieren

- **Gründung einer Landeswohnbaugesellschaft**, die selbst als Wohnraumbetreiber agiert und über stille Beteiligungen kommunale Wohnbaugesellschaften stärkt und dort selbst tätig wird, wo es keine kommunalen Wohnbaugesellschaften gibt.
- **Stärkung des öffentlichen und kommunalen Wohnungsbaus** durch den Ausbau von Förderprogrammen.
- **Rückkauf statt Privatisierung:** Ehemals privatisierte Wohnungsbestände in öffentliches Eigentum durch ein landeseigenes Ankaufsprogramm zurückführen. 21.500 ehemaligen Wohnungen der LBBW gehören in die öffentliche Hand.

- **Erhöhung der landesweiten Förderung für gemeinnützigen Wohnbau:** Sonderzuschüsse für Genossenschaften, gemeinnützige Wohnungswirtschaft, Mietshäusersyndikate und Sonderwohnformen, die Kostenmieten anbieten (z. B. für Wohnungslose, Azubis, Alleinerziehende, ältere Menschen). Initiative für eine echte, bundesweite Wohngemeinnützigkeit. Zuschüsse für Private zurückfahren.
- Eine **Landeskoordinationsstelle „Wohnen in genossenschaftlicher Gemeinnützigkeit“** soll erfasste Leerstände, die primär als Spekulations- oder Renditeobjekte leerstehen, in genossenschaftliche Eigentumsformen auf Basis sozialer Vergabekriterien überführen.
- **Stärkung des kommunalen Vorkaufsrechts.**
- **Sondervermögen „Soziales Wohnen“**: Wir fordern zusammen mit dem Mieterbund, der Gewerkschaft IG BAU und sozialen Verbände ein Sondervermögen für öffentliche und gemeinnützige Bauvorhaben in Höhe von 18 Milliarden Euro.
- **Bodenspekulation beenden:** Öffentliche Grundstücke nur noch in Erbpacht vergeben.

Leerstand bekämpfen – Wohnraum schaffen

- **Leerstand** bekämpfen: Wohnungsleerstände müssen zuerst systematisch erfasst werden und dann mit einer Leerstandsabgabe belegt werden. Das macht den Leerstand unrentabel. In Fällen von langfristigem Leerstand muss die Wohnung im Sinne der Allgemeinheit vorübergehend beschlagnahmt, auf Kosten der Eigentümer*innen instandgesetzt und wieder vermietet werden.
- **Zweckentfremdungsverbot ausweiten:** Einführung entsprechender Satzungen in allen Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt.
- **Sozialwohnungen schaffen,** statt mit Wohngeld Rendite von Vermietern zu erhöhen.
- **Verbindliche Mietspiegel aufstellen,** für alle Städte über 25.000 Einwohner*innen. Dabei müssen bestehende Mietverhältnisse zwingend in die Berechnung einfließen. Alternative Wohnformen wie z. B. Wohngemeinschaften sollen dabei als eine Wohnung gelten.
- **Übergangsweise ist das Wohngeldverfahren zu vereinfachen** – durch leichter zugängliche Anträge und eine automatische Weiterbewilligung für ein Jahr nach einer einfacheren Plausibilitätsprüfung.
- **Recht auf Wohnungstausch einführen**: Viele wohnen in zu kleinen oder zu großen Wohnungen, aber können nicht umziehen, weil neue Mietverträge viel teurer sind: Vermieter*innen dürfen die Miete bei Wohnungstausch nicht erhöhen.
- **Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unterbinden.**
- **Recht auf Wohnen in der Landesverfassung** verankern.
- **Wohnraumversorgung als einklagbares Grundrecht und Staatsziel** verankern.

Mieter*innen stärken und Mietrecht reformieren

- **Stärkung der Mieter*innen-Rechte** z. B. bei Mietwucher und Eigenbedarfskündigungen. Kommunen sollen mehr Befugnisse bei Leerstand und Zweckentfremdung erhalten.
- **Mieter*innenbeiräte stärken:** Ab einer bestimmten Wohnungsanzahl sollen Eigentümerinnen Mieter*innenbeiräte ermöglichen. Diese werden finanziell vom Land unterstützt.
- **Miet- und Wohnungskataster:** Öffentlich einsehbares, anonymisiertes Register über Miethöhen, Eigentumsverhältnisse und Wohnungsmerkmale.

- **Meldestelle gegen Mietwucher:** Um die Lebensrealität der Menschen abzubilden, sollte das Wohnkataster durch eine Meldestelle ergänzt werden. Sie soll als zentrale Anlaufstelle zur unbürokratischen Überprüfung von Mieten dienen und Unterstützung der Organisation von Klageverfahren ermöglichen.
- **Digitale Mieter*innenberatung** einführen: Ziel ist es, dass allen diese Informationen barrierefrei und digital zugänglich gemacht werden, so dass sich jede*r Mieter*in Einblick in die jeweilige regionale Situation verschaffen und erste Informationen zu Mietspiegeln und mietrechtlichen Fragen erhalten kann.

Alle mitdenken: Solidarische Wohnraumversorgung

- **Mehr altersgerechte Wohnungen schaffen** bei Neubau und Sanierung: Aufgrund des demographischen Wandels brauchen wir deutlich mehr altersgerechte Wohnungen. Beim Neubau ist auf Barrierefreiheit, Bezahlbarkeit und eine gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel zu achten. Senior*innen benötigen passende Angebote zum Wohnungstausch und Unterstützung beim Umzug.
- **Alternative Wohnformen fördern:** Mehrgenerationen-Wohnen, Wohngemeinschaften für ältere Menschen, Menschen mit Demenz etc.
- **Junges Wohnen fördern:** Wohnheiminitiative für Azubis und Studierende. Gründung eines Auszubildendenwerks mit Betreuungskonzepten für unter 18-Jährige.
- **Housing First etablieren:** Wohnungslose Menschen müssen dauerhaften Wohnraum erhalten, statt in Notunterkünfte abgeschoben zu werden. Gelingende Modellversuche in Baden-Württemberg sollen als Gesetzesanspruch verankert und die Unterbringung wohnungsloser Menschen in Notunterkünften nach Polizeirecht abgeschafft werden. Menschen in Wohnungsnot dürfen nicht wie Sicherheitsprobleme behandelt werden – sie brauchen Schutz, Teilhabe und menschenwürdiges Wohnen.
- **Verbindliche Mindeststandards für Unterkünfte auf Landesebene**, inklusive Privatsphäre, Schutz vor Gewalt, barrierefreiem Zugang und sozialpädagogischer Betreuung. Wir fordern die Unterstützung der Kommunen durch ein Landesprogramm, das finanzielle und strukturelle Mittel bereitstellt, um menschenwürdige Alternativen zur ordnungsrechtlichen Unterbringung zu schaffen.
- **Prävention ausbauen und Zwangsräumungen stoppen**: Fachstellen Wohnungssicherung flächendeckend ausbauen, damit mietvertraglich gesicherte Wohnungen erhalten bleiben können.
- **Belegungsbindung stärken:** Kommunen erhalten Benennungs- und Belegungsrechte, um besondere Bedarfsgruppen schneller unterbringen zu können.
- **Weg von Massenunterkünften:** Menschen mit Fluchterfahrung in regulären Mietwohnungen unterbringen und so die Integration fördern.
- **Wohnungsnotfallhilfe ausbauen:** Einrichtung von Anlaufstellen, schnelle und unbürokratische Hilfe für wohnungslose Menschen, insbesondere auch für Frauen und FLINTA* in Wohnungsnot.

Wohnungsbau und sozialverträglicher Klimaschutz

- **Wohnen muss beheizbar bleiben.** Die Heizkosten steigen immer weiter, immense Nachforderungen überschreiten immer öfter die finanzielle Belastungsgrenzen der Bewohner*innen. Wir fordern landesweit die Forcierung der Wärmewende hin zu erneuerbaren Energiequellen. Die dafür notwendigen Konzepte, wie z. B. in

Mannheim mit großen Flusswärmepumpen sind technisch längst möglich und müssen jetzt politisch ermöglicht werden.

- **Erneuerbare Energien fördern:** Unterstützung von Solargenossenschaften und Mieterstromprojekten zur Senkung der Energiekosten.
- **Sozialverträglicher Klimaschutz:** Energetische Sanierungen dürfen nicht zulasten der Mieter*innen gehen. Es braucht eine gesetzliche Deckelung der Sanierungsumlage.
- **Sozialtarife für Strom und Wärme für Menschen mit geringem Einkommen.** Sperrungen darf es nicht geben!
- **Keinen Wohnraum vernichten:** Wir wollen sanieren statt neu bauen – sozial gerecht und ökologisch. Graue Energie in den Gebäuden wollen wir weiter nutzen, statt Wohnraum abzureißen. Deshalb fordern wir eine Genehmigungspflicht, die nur in begründeten Ausnahmefällen den Abriss von Gebäuden erlaubt. Wir schließen uns den Architektenkammern und den Architekten for Future an, die eine Umbauordnung fordern, denn das heutige Baurecht ist immer noch vor allem auf den Neubau ausgerichtet.
- **Flächenverbrauch Netto Null bis 2030**: Neubau auf schon versiegelten Flächen fördern, keine Neubaugebiete ausweisen.

Gutes Leben auf dem Land: für gleichwertige Lebensverhältnisse überall

Für viele Menschen wird das Leben in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs immer schwieriger. Es fehlen Arbeitsplätze, die Infrastruktur wird immer schlechter. Versorgungs- und Bildungseinrichtungen gehen verloren.

Diesen Trend wollen wir umkehren und die Lebensqualität in den ländlichen Räumen verbessern. Wir wollen, dass alle Menschen überall gut versorgt sind mit wohnortnahen Kitas und Schulen, Gesundheits- und Pflegezentren, Kultur- und Jugendeinrichtungen. Es ist unser Ziel, sorgende Kommunen in den ländlichen Räumen zu etablieren. Diesen müssen gut erreichbar und allen offen sein. Hier setzen wir auf Gemeinschaft: Genossenschaften und lokale Versorgungsstrukturen sollen die Basis unseres gemeinsamen Lebens auf dem Land sein.
Wir wollen einen guten Takt im ÖPNV und zuverlässige Anbindung von jedem Dorf in die Zentren, damit Arbeitsstätten, Schulen und Freizeiteinrichtungen problemlos erreicht werden. Dies ist ganz besonders für die Mobilität von Kindern und Jugendlichen sowie für ältere Menschen wichtig.

Wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und damit sicherstellen, dass die Landwirtschaft und die Betriebe vor Ort gestärkt werden. Landwirte brauchen Unterstützung beim ökologischen und tierfreundlichen Umbau ihrer Betriebe. Mit Regionalbudgets statt komplizierter Förderprogramme kann die Entwicklung der ländlichen Räume bedarfsgerecht gefördert werden.

Wir fordern:

- **Regionalbudgets einführen:** Strukturschwache Regionen finanziell besser und bedarfsgerecht ausstatten.

- Einen Großteil des **Sondervermögens für Infrastruktur in die ländlichen Räume investieren**.
- **Medizinische Versorgung** durch dezentrale Gesundheitszentren bzw. Polikliniken, ein Hausarztaktionsprogramm und Helfer-vor-Ort-Strukturen sichern.
- **Bessere Notfallversorgung**: Die gesetzliche Hilfsfrist von 15 Minuten muss im ganzen Land eingehalten werden.
- **Sorgende Kommunen** nach der Idee der Sorgenden Städte einrichten**.**
- **Kleine Schulen erhalten**: Dabei helfen flexible Konzepte wie Schulverbünde, die sich Schulleitung, Verwaltung und Lehrpersonal teilen.
- **Jugendeinrichtungen und Vereine stärken:** Landesfördermittel für Vereins- und Jugendheime wollen wir ausweiten und das Ehrenamt stärken.
- **Bus und Bahn** in jedem Ort: Dichtere Taktungen, bessere Anbindung an regionale Zentren und ein Ausbau des Nachtverkehrs, vor allem an Wochenenden. Sammeltaxis einrichten.
- **Mobilitätsgenossenschaft aufs Land bringen:** Wir wollen die Gründung von Mobilitätsgenossenschaften in Kommunen ohne ÖPNV-Anbindung mit einem Halbstundentakt zwischen 6 und 20 Uhr durch eine Anschubfinanzierung unterstützen.
- **Radwegenetz, Leihradsysteme** und **kommunales Carsharing** ausbauen.
- **Gemeinwohlorientierte und genossenschaftliche Regionalwirtschaftskreisläufe aufbauen:** Wir wollen Beratungsstellen für die Gründung genossenschaftlicher Strukturen in allen Landkreisen etablieren und damit **gemeinschaftliche und genossenschaftliche Dorfläden** finanziell fördern und in jedem Dorf ansiedeln.
- **Mobile Versorgungskonzepte und Produktionsgenossenschaften** lokaler Bauern fördern.
- **Nachverdichtungskonzepte fördern**, um Flächenfraß zu verhindern.
- **Breitbandversorgung flächendeckend** zur Wirtschaftsförderung und als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge: Kein Dorf darf digital abgehängt werden!
- **Kulturangebote erhalten, denn kulturelle Teilhabe muss auch im ländlichen Raum möglich sein.**
- **Gaststätten und Kneipen** im ländlichen Raum als **Ort des sozialen Miteinanders** erhalten durch kostengünstige Räume und Subventionsprogramme für kleine Kneipen.
- **Repair-Cafés** fördern.

Aktionsplan gegen Armut

Fast jedes fünfte Kind in Baden-Württemberg ist arm oder armutsgefährdet. Armut verhindert soziale Teilhabe, sie schließt aus, verhindert Bildungskarrieren und macht krank. Es ist skandalös, wie viele Jugendliche ohne Schulabschluss dastehen.

Deshalb fordern wir einen Landesaktionsplan gegen Armut und für Teilhabe. Wir wollen finanziell gutausgestattete Landesprogramme gegen Armut initiieren, für gute Lebensverhältnisse überall in Baden-Württemberg – gemeinsam mit Armutsbetroffenen. Dafür setzen wir uns für einen zweiten umfangreichen Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-Württemberg als Grundlage der Armutsbekämpfung ein. Das Land muss für die Kommunen und die freie Wohlfahrtspflege ein verlässlicher Partner in der Bekämpfung von Armut und der Herstellung sozialer Teilhabe sein.

Armutsbekämpfung darf nicht an den Kassen der Kommunen scheitern. Wir werden mit aller Kraft daran arbeiten, dass Armut in Baden-Württemberg abgeschafft wird. Gleiche soziale Teilhabe ist der Hebel, um die herkunfts- und armutsbedingte Schieflage in unserem Bildungssystem endlich zu beheben und Chancengleichheit herzustellen.

Wir fordern:

- **Kinderrechte stärken**: Die UN-Kinderrechte müssen in die Landesverfassung eingefügt werden.
- **Bildungschancen erhöhen**: Ausbau des Sprachunterrichts in Kita, Hort und Schule, um Chancengleichheit zu erreichen.
- **Bezahlbares Wohnen**: sozialen und barrierefreien Wohnungsbau ausweiten. Kein Verkauf und keine Privatisierung öffentlicher Wohnungen.
- **Keine Verdrängung**: Zwangsumzüge sowie Strom-, Wasser- und Gassperren lehnen wir ab und setzen uns für einen Nothilfefonds ein.
- **Schutz vor Armutsfallen**: Wir fordern Maßnahmen gegen verbraucherfeindliche Dienstleistungsverträge mit hohen versteckten Kosten.
- **Sozialberatung ausbauen:** Die allgemeine Sozialberatung, Schuldnerberatung und aufsuchende Sozialarbeit landesweit stärken und ausbauen.
- **Wenn SGB II oder XII bezogen wird, soll die Kommune die vollen Kosten der Unterkunft übernehmen, inklusive** Strom und Internet.
- **Familien entlasten**: garantierte und gebührenfreie Kita- und Hortplätze sowie kostenfreie Mittagessen an allen Kitas und Schulen. Teilhabe von Menschen mit niedrigen Einkommen stärken – kostenfreie und inklusive Freizeitangebote für Familien fördern. Erarbeitung eines Generationenberichts, der Handlungsempfehlungen für Familien- und Senior*innenpolitik beinhaltet.
- **Frauenarmut bekämpfen:** Berufs- und Rentenberatungsangebote für Mädchen und Frauen stärken, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: Frauenberufe besser eingruppieren, Betreuungsangebote für Kita- und Schulkinder ausbauen,
- **Gesunde Ernährung ist ein Menschenrecht:** Wir wollen landesweit Kantinen aufbauen, die gesunde Ernährung zum Selbstkostenpreis für alle Menschen anbietet. Wir beginnen in am stärksten von Armut betroffenen Wohngebieten und binden Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege mit ein.
- **Perspektiven bieten**: Alleinerziehende und erwerbslose Menschen durch mehr öffentliche und fair entlohnte Beschäftigungen unterstützen.
- **Sport und Kultur für alle**: freier Zugang zu öffentlichen Angeboten für Menschen mit geringem Einkommen, damit alle unabhängig von ihrem sozio-ökonomischen Hintergrund Teil am gesellschaftlichen Leben haben können
- **Kostenfreies Deutschlandticket** für Schüler*innen, Azubis, Studis, Rentner*innen und alle Menschen mit geringem Einkommen – und zwar als Sofortprogramm. Wir sagen ganz klar: der ÖPNV muss für alle kostenfrei werden.
- **Soziale Garantien für alle**: Wir fordern eine sanktionsfreie Mindestsicherung, eine echte Kindergrundsicherung, elternunabhängiges BAföG als Vollzuschuss, die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin und armutsfeste Renten.

Gesundheitsversorgung: bedarfsorientiert und nah am Menschen

Unser Gesundheitssystem ist besorgniserregend krank: Termine bei Fachärzten sind schwer zu bekommen; die Notfallversorgung durch die Rettungsdienste ist in einem beklagenswerten Zustand; Notfallpraxen, Abteilungen oder ganze Krankenhäuser schließen. Die Menschen müssen oft lange auf Behandlungen warten und auch weite Wege sowie eine schlechte Versorgungsqualität in Kauf nehmen. Im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn sind die Menschen hier häufiger krank und sterben früher, trotz hoher Ausgaben für das Gesundheitssystem. Personalmangel und Arbeitsbedingungen, die krank machen, sind ein Teufelskreis, den wir mit einer guten Krankenhausplanung und einer gezielten Ausbildungsoffensive und Rückwerbekampagne für Pflegekräfte, die aus ihrem Beruf ausgestiegen sind, beenden wollen.

Gesundheit ist ein wichtiges Gut und gehört nicht verramscht. Gesundheit ist ein Menschenrecht, das allen uneingeschränkt zusteht. Niemand darf bei einer ärztlichen Behandlung oder bei der Pflege benachteiligt bzw. diskriminiert werden. Und alle, die in im Gesundheitswesen arbeiten, verdienen gute Arbeitsbedingungen, verlässliche Dienstplanung, angemessene Bezahlung, Gesundheitsförderung und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Wir fordern eine Neuausrichtung der Landeskrankenhausplanung. Hierbei ist neben der stationären Gesundheitsversorgung die ambulante Versorgung immer mit zu berücksichtigen. In vielen Bereichen wie Pflege und Behandlung psychischer Erkrankungen gilt: Ambulant vor stationär. Die bisherige Politik folgt vor allem wirtschaftlichen Interessen und der Logik von Fallpauschalen, Wettbewerb und Zentralisierung. Das geht zulasten von Patient*innen, der Beschäftigten und der flächendeckenden Versorgung. Es braucht einen gemeinwohlorientierten Landeskrankenhausplan, der sich am tatsächlichen Bedarf der Bevölkerung orientiert – nicht an Profitinteressen.

Wir setzen uns für eine öffentliche wohnortnahe Gesundheitsversorgung von der Geburt bis zur Versorgung im Alter ein: Wir sagen Nein zur Schließung von Geburtsstationen und Kinderkliniken. Wir setzen uns dafür ein, dass Schwangerschaftsabbrüche zur medizinischen Grundversorgung werden. Kommunale Pflegedienste, Alltagshelfer*innen und Pflegeeinrichtungen wollen wir in jedem Stadtteil und in jeder Kommune. Menschen müssen im Alter oder im Pflegefall selbstbestimmt und gut versorgt leben können.

Krankenhäuser sowie Pflegeeinrichtungen gehören in die öffentliche Hand. Profite dürfen mit unserer Gesundheit nicht gemacht werden. Im Gegenteil, die Gutverdienenden müssen ihren Anteil in eine einheitliche Krankenversicherung einzahlen. Gleiches gilt für die Pflegeversicherung.

Bei der Gesundheitsforschung setzen wir auf Präventions-, Pflege- und Versorgungsforschung. Auch Forschungen zu wenig anerkannten Erkrankungen wie ME/CFS, Long COVID und PostVac oder zu Autismus-Spektrum-Störungen ASS/ADHS im Erwachsenenalter müssen gefördert werden.

Wir wollen flächendeckende Gesundheitsstrukturen, die Vorsorge, Prävention sowie eine bedarfsgerechte, gute pflegerische und medizinische Behandlung gewährleisten. Für alle Menschen in Baden-Württemberg, unabhängig von Herkunft, Geldbeutel, Status und Geschlechtsidentität.

Wir fordern:

Soziale und bedarfsgerechte Landeskrankenhausplanung

- **Keine Schließung von Krankenhäusern**: Erhalt wohnortnaher Krankenhäuser, insbesondere in ländlichen Regionen. Schließungen gefährden die Versorgung und zwingen Menschen zu weiten Wegen. Die Konzentration von medizinischen Leistungen darf die Grundversorgung nicht reduzieren.
- **Notfallpraxen müssen erhalten bleiben,** sie müssen in unter 30 Minuten für alle in Baden-Württemberg erreichbar sein.
- **Fachärztliche Praxen erhalten** und durch Land und Kommunen fördern. Medizinische Versorgungszentren (MVZ) in den Händen von Konzernen lehnen wir ab.
- **Finanziell instabile Kliniken** durch Brückenfinanzierung **vor Schließung bewahren**. Übernahme der Investitionskosten durch das Land.
- **Kommunale Krankenhäuser erhalten** und privatisierte **Kliniken rekommunalisieren**.
- **Privatisierung stoppen**: Keine weiteren Verkäufe öffentlicher bzw. gemeinnütziger Kliniken an profitorientierte Konzerne. Krankenhäuser gehören in öffentliche oder gemeinnützige Hand. Rekommunalisierungen dürfen nicht durch die Schuldenbremse verhindert werden.
- **Investitionsstau beenden:** Baden-Württemberg muss seiner gesetzlichen Pflicht nachkommen, die Investitionskosten für Krankenhausneu- und Umbauten zu tragen, damit die Krankenhäuser dies nicht durch Einnahmen aus den DRG-Erlösen finanzieren und in wirtschaftliche Schieflage geraten.
- **Landeszuschüsse für Pflegeeinrichtungen**: Wo Bedarf ist, müssen Einrichtungen geschaffen werden, vorhandene müssen erhalten werden.
- Massive **Ausweitung von psychotherapeutischer und psychiatrischer Versorgung** (ambulant und stationär / teilstationär).
- **Kinderkliniken ausbauen** und an die Bedürfnisse der Kinder anpassen.
- **Psychologischer Notdienst 24/7**: Aufbau flächendeckender, rund um die Uhr erreichbarer multiprofessioneller Krisenambulanzen in jedem Stadt- und Landkreis.
- **Das Gesundheitswesen vor allem für den Normalfall ausstatten**, nicht nur für den sogenannten Ernstfall vorbereiten (siehe O-Plan Deutschland).

Gesundheitszentren in Dörfern und Stadtteilen

- **Kommunale Gesundheitszentren (Stadtteilpraxen) schaffen**, auch im Sinne der Sorgenden Städte/Kommunen, um die solidarische Gesundheitsversorgung und -vorsorge zu verbessern
- **Polikliniken** bzw. **Solidarische Stadtteilgesundheitszentren (SGZ)** und **Community Health Nurses (CHN)** als weitere öffentliche wohnortnahe Versorgungsstrukturen aufbauen.
- **Ganzheitliche Gesundheitsversorgung** für hausärztliche, pflegerische und psychotherapeutische Behandlung mit Gesundheits- und Sozialberatung und -hilfe durch den Aufbau sektoren- und professionsübergreifender Strukturen.
- **Mobile Kliniken im ländlichen Raum** als zusätzliche Anlaufstellen etablieren.

Sichere Versorgung im Rettungsdienst: Niemals zum Leidwesen der Patient*innen

- **Strukturreform auf Landesebene**: Einheitliche Leitstellen, standardisierte Fahrzeugausstattung, realistische Ausrückzeiten, flächendeckende Versorgung besonders im ländlichen Raum.
- **Faire Arbeitsbedingungen für Einsatzkräfte:** Reduktion der Wochenarbeitszeit, Ende unbezahlter Bereitschaft, Gefahrenzulage, Möglichkeit zur Frühverrentung.
- Stärkung der **Qualifikation „Rettungssanitäter*in**“: Regelungen wie das Modell „Rettungssanitäter*in Plus“ einführen.

- Neuregelung der **Übernahme von Krankenbeförderungen** durch die Kostenträger.
- **Digitales Transparenzsystem** für Bedarfsfristen, Fehlfahrten und Versorgungszeiten.
- Klare, transparent gestaltete und ehrliche **Aufarbeitung der Verfassungsbeschwerde** zum Gesetz über den Rettungsdienst (Rettungsdienstgesetz, RDG) sowie eine entsprechende Neuregelung entlang verfassungsrechtlicher Standards des RDG Baden-Württemberg.

Bessere Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen

- **Mehr Personal** und eine gesetzliche Personalbemessung für alle Berufsgruppen die an der Patient*innenbehandlung beteiligt sind. Bund und Länder müssen die Einhaltung der Personalvorgaben überwachen und sanktionieren. Rückführung ausgegliederter Bereiche in den öffentlichen Dienst. Gestiegene Tariflöhne refinanzieren.
- **Attraktive Arbeitsbedingungen** durch Kompetenzerweiterung und Modernisierung der Aufgabenprofile von Pflegefachpersonen.
- **Eine solidarische Finanzierung**: Wir brauchen eine Krankenkasse, in die alle einzahlen. So lange müssen Privatversicherte an Kosten des Klinikerhalts beteiligt werden.
- **Übernahme aller Personalkosten im Krankenhaus**: Nicht nur Übernahme der Kosten für die Pflege am Bett.
- **Fallpauschalen endlich komplett abschaffen**, anstatt halbherziger Lösungen wie der aktuellen Krankenhausreform. Wir wollen ein gerechtes und gut ausfinanziertes Gesundheits- und Pflegesystem nach dem Selbstkostendeckungsprinzip. Eine echte Finanzierung von notwendigen Vorhaltekosten, z. B. in der Pädiatrie, der Psychiatrie, der Notfallmedizin und Geburtshilfe. Keine Mogelpackung, wie sie die letzte Bundesregierung mit dem „Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG)“ vorgelegt hat.
- **Medikamentenengpässe beseitigen**: Das Land muss Vorräte an wichtigen Medikamenten, Impfstoffen und Materialien anlegen und die Produktion im Inland voranbringen.

Gesundheitsversorgung für alle

- **Elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete**
- **Landesweiter staatlicher Behandlungsfonds** für Nicht-Krankenversicherte und eine Clearingstelle zur (Re-)Integration von Betroffenen in das Krankenversicherungssystem einführen.
- **Einführung des anonymen Krankenscheins**, um allen Menschen in Baden-Württemberg unabhängig von ihrer aktuellen Lebenssituation den dringend benötigten Zugang zu Gesundheitsleistungen zu ermöglichen.
- Auf Bundesebene fordern wir die **Krankenversicherung für alle**.
- **Gesundheitsberatungen für Frauen ausbauen** und Frauengesundheitszentren besser finanziell absichern.
- **Schwangerschaftsabbrüche gehören zur medizinischen Grundversorgung:** Der Zugang zu medikamentösen und operationellen Schwangerschaftsabbrüchen muss wohnortnah gewährleistet sein.
- **Gewaltambulanzen ausbauen: Vertrauliche und kostenlose Beweissicherung und medizinische Soforthilfe** in Fällen sexualisierter und häuslicher Gewalt muss flächendeckend in Baden-Württemberg angeboten werden. Wir lassen Opfer nicht allein.
- **Gesundheitsversorgung für queere Menschen ausbauen**. Psycho-soziale Beratung und Begleitung von Trans*Menschen, geschlechtsangleichende

Leistungen und Gesundheitszentren wie z. B. die der AIDS-Hilfe müssen verstärkt und ausreichend finanziert werden.

- **Spezialisierte Versorgungsangebote** für Menschen mit **ME/CFS, Long COVID und PostVac ausbauen**, besonders auf dem Land.
- Ausbau von **spezialisierten Anlaufstellen** für Menschen im Autismus-Spektrum, mit ADHS oder anderen neurodivergenten Profilen.

Würdevolle Pflege sichern

- **Wohnortnahe Pflegestruktur** schaffen, die alle Lebensphasen berücksichtigt. Vor allem **ambulante bzw. Tagespflegestrukturen** stärken.
- **Arbeitsbedingungen in der Altenpflege verbessern**, die eine menschenwürdige Versorgung der Bewohner*innen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.
- **Pflegeberuf attraktiver machen** und **Fachkräftemangel** in der Pflege durch bessere Rahmenbedingungen beheben. Mehr Kompetenzen für Pflegefachkräfte.
- **Studienoption** für Pflegeberufe in der Berufsberatung und in Schulen bekannter machen. Vereinfachter **Zugang zum Pflegestudium** durch die Anpassung des Landeshochschulgesetzes.
- **Finanzielle Entlastung für pflegende Angehörige sowie eine** bessere Absicherung, auch durch mehr Kurzzeitpflegeplätze.
- **Pflegevollversicherung**, die alle Risiken abdeckt und solidarisch von allen Menschen und allen Einkommensgruppen getragen wird.
- **Angehörige in die Pflege einbinden**: Hierzu müssen die entsprechenden Strukturen geschaffen werden.

Hebammen schützen und Geburtshilfe erhalten

- **Arbeitsbedingungen für Hebammen verbessern** durch bessere Bezahlung und Übernahme der Versicherungsbeiträge.
- **Geburtshilfeabteilungen in der Fläche erhalten** und Geburtshäuser einrichten.
- **Neonatologische Notfallversorgung absichern.**
- **Gewalt und Diskriminierung gegen Frauen im Zuge der Geburt verhindern**: Keine unnötigen medizinischen Behandlungen.
- **Ansiedlung von Hebammen und Gynäkolog*innen aktiv fördern**, gerade im ländlichen Raum.
- Einrichtung **hebammengeleiteter Kreißsäle** fördern.

Gesundheitsbildung, Aufklärung und Verhütung fördern

- **Gesundheitsförderung und Gesundheitsbildung** in den Schulen und Bildungsplänen verankern.
- Vollständige **Kostenübernahme** für hormonelle und hormonfreie **Verhütungsmittel** durch die Krankenkasse.
- **Aufklärungsarbeit und Fortbildungen zu Volkskrankheiten**, die primär Frauen betreffen (z. B. Endometriose) fördern.
- **Kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten** fördern.
- **Psychotherapie-Ausbildung und Traumatherapie sicherstellen** und mehr Plätze schaffen.
- **Sensibilisierung bezüglich sexistischer, rassistischer und ableistischer Diskriminierung** im Gesundheitssystem.

Sorgende Städte und Gemeinden: Sorgearbeit ins Zentrum

Jeder Mensch ist auf Sorge angewiesen: als Kind, bei Krankheit und Behinderung. Deswegen ist Sorge eine öffentliche Aufgabe. Im Pflege-, Betreuungs- und Gesundheitsbereich werden die Menschen aber von der Landesregierung allein gelassen.

Sorgende Städte und Gemeinden bedeutet, dass die Kommunen sicherstellen, dass die Sorge- und Pflegearbeit in einer guten, an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Infrastruktur öffentlich unterstützt wird.

Das Prinzip der Sorgenden Städte beinhaltet eine Vergesellschaftung in zweierlei Hinsicht: Die Sorge- und Pflegearbeit kommt heraus aus dem einsamen privaten in den gemeinsamen öffentlichen Raum, und es gibt eine Vergesellschaftung privater Profitstrukturen zurück in die öffentliche Hand. Die Einführung des Prinzips der Sorgenden Städte und Gemeinden ist ein feministisches Transformationsprojekt.

Wir fordern:

- **Öffentliche Sorgezentren schaffen:** Wir holen die Sorgearbeit aus den privaten Vier-Wänden auf jeden Dorfplatz und in jeden Stadtteil. In öffentlichen Sorgezentren finden junge Eltern, pflegende Angehörige und alle die Sorgearbeit leisten, Beratung, Unterstützung und Austausch. Mit einem landesweiten Pilotprojekt wollen wir dafür ungenutzte Gewerbeflächen in Sorgezentren umwandeln.
- **Öffentliche Sorgestrukturen ausbauen**: Mehr Kitas, Stadtteil-, Familien- und Gesundheitszentren, Pflegestützpunkte, Großküchen, Jugend- und Obdachlosentreffs.
- **Kostenfreie Ganztags-Kitas** für eine bedürfnisorientierte Gestaltung des Alltags. Die Finanzierung von Kitas muss im Landeshaushalt oberste Priorität haben. Wir wollen eine wirklich bedarfsdeckende Finanzierung durch die Bezuschussung der Kommunen durch das Land.
- **Wohnortnahe Sozialstruktur schaffen**, die alle Lebensphasen berücksichtigt.
- **Care-Räte schaffen**, in denen Betroffene, deren Angehörige, Beschäftigte und soziale Träger vertreten sind, zur Mitbestimmung in der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- **Sorgearbeit als systemrelevanten Teil** der gesellschaftlichen Arbeit und fundamentalen Bestandteil der Volkswirtschaft anerkennen.
- **Geschlechterstereotypen** in der Sorgearbeit aufbrechen

Bildung für alle

Bildung ist ein Menschenrecht – demokratisch und ohne Diskriminierung

Bildung ist ein Menschenrecht. Sie soll alle Menschen stärken – unabhängig von Herkunft, Geldbeutel, Geschlecht, Religion, Behinderung oder sexueller Identität.

Für uns heißt das: Bildung muss in allen Bereichen

- **feministisch sein:** alle Geschlechter gleichbehandeln.
- **antirassistisch sein:** niemand darf wegen Herkunft oder Hautfarbe benachteiligt werden.
- **queer*inklusiv sein:** egal wie du liebst oder fühlst, du sollst sicher lernen können.
- **anti-ableistisch sein**: auch Menschen mit Behinderung gehören selbstverständlich dazu.
- **dazu beitragen, Klassenunterschiede abzubauen:** Bildung darf nicht vom Geld abhängen. Sie muss kostenlos, gerecht und für alle zugänglich sein – von der Kita bis zur Uni.

Diese Haltung nennt man intersektional. Das heißt: Wir denken verschiedene Formen von Benachteiligung zusammen – und kämpfen gegen alle gleichzeitig. Bildung bedeutet mehr als Noten. Sie bedeutet Teilhabe, Persönlichkeitsentwicklung, kritisches Denken und demokratisches Miteinander.

Bildung entscheidet über Chancen, Teilhabe und Zukunft. Doch heute verstärkt unser Bildungs- und Schulsystem Ungleichheit – das wollen wir ändern. Demokratiebildung bedeutet viel mehr als das Auswendiglernen eines Verfassungsschaubildes: Bildungseinrichtungen müssen Orte der gelebten Mitbestimmung werden, in denen Diskriminierung konsequent benannt und bekämpft wird. Lehrkräfte sollen nicht neutral sein, sondern sich aktiv für die Wahrung der Menschenwürde und Demokratie einsetzen. Auch an Universitäten braucht es mehr Mitbestimmung von Studierenden und Mitarbeitenden unterhalb der Professur statt immer mächtigere Rektorate.

Deshalb fordert Die Linke:

- Gebührenfreiheit von den Kitas über die Ganztagsbetreuung bis zur Universität.
- Inklusive Ganztagesschule für alle: ein gerechtes Schulsystem mit längerem gemeinsamen Lernen
- starken Kinderschutz und klare Konsequenzen bei Gewalt und Diskriminierung durch Aufmerksamkeit, Fortbildungen und Implementierung von Verfahren und Sanktionen in Kita, Kindertagespflege, Schule, Ausbildung und Uni
- gute Arbeitsbedingungen und Schutz für alle im Bildungssystem
- Inklusion als Grundprinzip – nicht als Sonderthema
- Demokratiebildung und echte Mitbestimmung der Lernenden in allem Bildungseinrichtungen
- Demokratische Studierendenvertretungen besser finanzieren und repolitisieren
- Friedensbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), Bildung für Toleranz und Vielfalt (BTV), Medienbildung in allen Schularten und Bildungsformen erhalten und stärken. Flächendeckend Ethikunterricht umsetzen.

Kitastrophe beenden – Frühe Bildung ernst nehmen

Die „Kitastrophe“ in Baden-Württemberg muss beendet werden. Fehlende Kitaplätze, verkürzte Öffnungszeiten und teilweise hohe Gebühren bringen Familien an ihre Grenzen, vor allem Mütter werden dadurch aus dem Berufsleben gedrängt. Pädagogische Angebote werden reduziert, die Bildungspläne für die frühkindliche Förderung können nicht umgesetzt werden. Zahlreiche Fachkräfte fehlen, zu wenige werden ausgebildet. Die Beschäftigten arbeiten am Limit und federn viele gesellschaftlichen Belastungen ab.

Dabei ist die Kita der erste und wichtigste Schritt, um allen Kindern gute Startbedingungen zu ermöglichen. Um soziales Miteinander zu lernen, qualitativ hochwertige Bildungsangebote zu schaffen, Gewalt an Kindern zu bekämpfen, für all das brauchen wir gute Kitas mit ausreichend qualifiziertem, gut bezahltem und wertgeschätztem Personal. Um Familien zu entlasten und Teilhabe für alle Kinder zu ermöglichen, fordern wir kostenfreie Kitas mit gesundem Essen. Inklusion muss von klein auf ermöglicht werden. Schon in der Kita muss Diskriminierung systematisch erkannt und bekämpft werden: Alle Kinder verdienen die besten Bedingungen.

Die Linke fordert:

- die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz in Wohnortnähe für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr
- kostenlose Ganztagsbetreuung – mit gesundem Frühstück, Mittagessen und Snack

- kleine Gruppen mit gutem Betreuungsschlüssel
- Die Behebung des Personal-, Studien- und Ausbildungsplatzmangels an Kitas: Wir wollen beitragsfreie staatliche Ausbildungsplatzangebote ausbauen und den Mangel an Studienplätzen für Kindheitspädagogik abbauen.
- mehr Personal und faire Bezahlung: auch für Hauswirtschaft, Reinigung und Verwaltung
- bezahlte Vor- und Nachbereitungszeit für Fachkräfte: 2 Stunden pro Tag
- kostenlose Nachqualifizierung und Hochgruppierung für Hilfskräfte – Start innerhalb von 4 Wochen
- interdisziplinäre Teams: nicht nur Erzieher*innen, sondern auch Kinderpfleger*innen, Kindheitspädagog*innen etc.
- Eine inklusive Bildung und Kinderbetreuung. Notwendig ist hierfür der Einsatz von professionellen Inklusionsfachkräften.
- Recht auf Freistellung für Eltern, wenn kein Kitaplatz da ist oder bei spontanen Schließungen
- Entgeltersatz für Eltern, die wegen fehlender Betreuung nicht arbeiten können
- Kinderschutz ohne Kompromisse – auch durch bessere Aufsicht und Qualifikation in Kitas und der Kindertagespflege

Für eine Schule, die allen gerecht wird

Das Schulsystem in Baden-Württemberg ist in Schieflage: Bei Bildungsvergleichen können weder in der Summe noch in der Spitze zufriedenstellende Ergebnisse erzielt werden. Über 20% der Kinder erreichen Mindeststandards nicht. Dieser Anteil steigt ständig, die Quote der Schulabrechenden bleibt erschreckend hoch. Die soziale Selektivität ist hoch, der Bildungserfolg hängt schockierend an Elternhaus und Herkunft. Der Trend zu Privatschulen verstärkt dieses Problem und führt zu einer größeren Spaltung der Gesellschaft. Wir wollen eine Schullandschaft, die keine Privatschulen braucht und allen Kindern gleiche und gute Bildungschancen bietet.

Bildung ist ein Grundrecht und darf nichts kosten: daher fordern wir kostenloses Mittagessen und Übernahme der Kosten des Ganztagesbetriebs und des Schulweges, sowie Erhalt und konsequente Umsetzung der Lernmittelfreiheit für analoge und digitale Lernmittel, ohne dass Konzerne damit Kasse machen und Daten aus dem Bildungssystem abgreifen. Das Boomen der Nachhilfebranche ist eine Bankrotterklärung des öffentlichen Bildungssystems. Statt mit Hausaufgaben und endlosen Lernlisten Stress in die Familien zu bringen und soziale Ungleichheit zu verschärfen, braucht es sinnvolle Förder- und Ganztagsangebote.

Wir wollen eine Schule für alle, ohne Ausgrenzung und Leistungsdruck. Deshalb fordern wir: Die Stärkung der Gemeinschaftsschulen als Alternative zum Gymnasium, auch durch flächendeckend aufzubauende, von mehreren benachbarten Gemeinschaftsschulen gemeinsam angebotene Oberstufen. Langfristig wünschen wir uns solidarisches gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse mit echter Binnendifferenzierung, um alle Lernenden zu fördern.

Die Grundschule steht vor der Herausforderung des Ausbaus des Ganztages und muss viele gesellschaftliche Probleme abfedern. Die Trennung der Kinder nach der vierten Klasse verschärft Stress, Konkurrenz und soziale Ungleichheit. Grundschulen sollten die Grundbildung aller Kinder sicherstellen, statt sortieren zu müssen.

Gute Bildung braucht gute Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen. Die Landesregierung reagiert auf Unterrichtsausfall und Lehrkräftemangel nur mit zahnlosen Werbekampagnen, während gleichzeitig

fertigausgebildete Lehrkräfte nach dem Referendariat keine Anstellung finden. Durch einen Softwarefehler blieben über 1400 Lehrer*innenstellen über 20 Jahre unbesetzt. Die Landesregierung muss den größten Bildungsskandal in Baden-Württemberg vollständig aufklären und daraus Konsequenzen ziehen. Lehrer*innen sind oft überarbeitet, ihnen fehlt die Zeit für einzelne Kinder und Unterrichtsentwicklung. Das wollen wir ändern, indem wir den Beruf und die Ausbildung zur Lehrer*in wieder attraktiv machen.

Es fehlt eine stabile digitale Infrastruktur für Lehrkräfte und Schüler*innen. An vielen Schulen sind nicht nur digitale, sondern auch pädagogische Innovationen wie das selbstständige Lernen noch nicht angekommen. Langeweile und Überforderung sind Alltag, wissenschaftliche Erkenntnisse zur Unterrichtsqualität kommen nur sehr langsam in den Klassenzimmern an.

Der Bildungsnotstand zeigt sich am Investitions- und Sanierungsstau an unseren Schulen. Wir brauchen eine Investitionsoffensive in unsere Schulgebäude und -räume, die einen differenzierten Unterricht und eine rhythmisierte Ganztagesbildung ermöglichen.

Deshalb fordert Die Linke:

Gute Finanzierung sicherstellen

- Mehr Investitionen in Bildung, denn sie sind Investitionen in die Zukunft.
- Wir setzen uns bundesweit für ein Sondervermögen Bildung ein – 100 Milliarden für Bildung statt für Rüstung.
- Finanzierung nach Sozialindex – Finanzierung von Schulen nach dem Sozialindex, um Kinder in benachteiligten Gegenden besonders zu unterstützen.
- Das Kooperationsverbot der Bundesländer mit dem Bund abschaffen - für eine gute Bildungsfinanzierung und Zusammenarbeit.

Gemeinsames Lernen - kostenfrei und verlässlich

- Hausaufgaben abschaffen - kostenfreie Ganztagsschule einführen: mit Zusatzförderung und externen Angeboten (Sport, Spiel, Musisches, Kreativität). Die rhythmisierte Ganztagesgrundschule wollen wir ausbauen, gut finanziert und mit Rechtsanspruch auf einen Platz.
- Längeres gemeinsames Lernen als Übergangsmodell bis zur flächendeckenden Gemeinschaftsschule. Stärkung der Gemeinschaftsschulen, auch mit gemeinsamen Oberstufen.
- Bis dahin müssen gute Übergänge zwischen den Schulformen sichergestellt werden. Wir lehnen selektive Verfahren beim Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule ab und setzen uns für das Elternwahlrecht ein.
- Bildung muss kostenfrei sein, dazu gehört auch der Weg in die Schule, ein warmes gesundes Mittagessen und Ausflüge.
- Gute Ausstattung: Lernmittelfreiheit, auch für digitale Geräte.
- Digitales Lernen stärken: Kreativität, kritisches Denken, Teamarbeit fördern, sinnvoller Umgang mit KI und Sozialen Medien lernen. KI kann ein wichtiges Werkzeug sein, das Lernprozesse unterstützt, birgt aber auch Gefahren. Schüler*innen müssen den kritischen Umgang mit KI lernen.
- Eine landesweite, gute Bildungsplattform, um Einfluss von Digitalkonzernen zurückzudrängen und Datenschutz zu sichern.
- Wir wollen sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) stärken, solange sie notwendig sind. Unser Ziel ist die SBBZ langfristig überflüssig zu machen, indem Schulen finanziell und personell in die Lage versetzt werden, alle Abschlüsse anzubieten.

- Regelschulen stärken, statt Kinder auszugliedern. Inklusion konsequent umsetzen und durch mehr Schulbegleitung sicherstellen.
- Differenziertes Lernen mit zusätzlicher Förderung, Unterrichtsqualität verbessern.
- Ausfall von Fachunterricht erfassen: Film schauen ist keine Vertretung!
- Neue Prüfungsformate statt reiner Noten – mit aussagekräftigen Beurteilungen.
- Erholsame Ferien für alle: Wir wollen gute Ferienbetreuung an den Schulen ausbauen, damit die Schulferien für Kinder und Eltern nicht zur Belastung werden.

Gute Arbeit – Gute Bildung

- Gute Arbeitsbedingungen für unsere Lehrkräfte und strukturell gleiche Bezahlung für alle Lehrkräfte - unabhängig von Schulart und Status.
- Ein attraktives Lehramtsstudium, das fundierte Fachkenntnisse und pädagogisch-didaktische Inhalte auf wissenschaftlicher Basis vermittelt, sowie ein Referendariat in dem die zielgerichtete Ausbildung und Stärkung der zukünftigen Lehrer*innen und ihrer Kooperationsbereitschaft im Vordergrund steht.
- Höhere Vergütung im Referendariat. Sommerferien für Referendar*innen bezahlen.
- Besseren Arbeitsschutz für Lehrkräfte: Hitze- und Kälteschutz, Ruheräume und Arbeitszeiterfassung.
- Hitze- und Lärmschutzkonzepte an Schulen.
- Sicherung und Ausbau der Schulsozialarbeit und von multiprofessionellen Teams mit guten Arbeitsbedingungen für alle.
- Stärkung der Schulsozialarbeit als unabhängige Anlaufstelle für Schüler*innen in Konfliktfällen.
- Kooperationszeiten für Lehrkräfte, um Qualität, Innovation und Kooperation zu fördern.
- Zur Umsetzung des G9 muss es an Gymnasien weitere Ressourcen geben. Eine kostenneutrale Streckung von 8 auf 9 Jahre wird den Anforderungen nicht gerecht.
- Die Einführung von G9 darf nicht auf Kosten der Einstellung neuer Lehrkräfte gehen.
- Größerer Vertretungspool und mehr Studienplätze zur Ausbildung von Lehrkräften.

Zugängliche akademische Bildung und gute Forschung

Immer mehr Studierende leben in Armut: Wohnraumknappheit, immense Mieten und hohe Mensakosten lassen sich mit zu niedrigem BAföG und Nebenjobs kaum noch bezahlen. Wer keine Eltern hat, die unterstützen können, hat oft das Nachsehen. Wir sagen: Der Universitätsbesuch muss auch für Erstakademiker*innen attraktiv und finanzierbar sein.

Ein Hebel hierfür kann die bessere Finanzierung der Studierendenwerke durch das Land sein, die damit studentischen Wohnraum, günstige und gesunde Mensen und Kitaplätze für studierende Eltern zur Verfügung stellen können.

Auch knappe Studienplätze und schlechte Studienbedingungen sind Alltag an in der Breite unterfinanzierten Universitäten. Als Hilfskräfte arbeiten Studierende befristet, zu miesen Löhnen und in persönlicher Abhängigkeit. Wir unterstützen ihre gewerkschaftliche Organisierung für einen studentischen Tarifvertrag.

Doch auch viele Mitarbeitende der Universitäten unterhalb der Professur hangeln sich durch Befristungen und sind ständig auf der Jagd nach Drittmitteln. Darunter leidet auch die Wissenschaft, vor allem in nicht ökonomisch verwertbaren Bereichen. Im Gegensatz zur unternehmerischen Hochschule will sich Die Linke stark machen für soziale Sicherheit, Ausfinanzierung und demokratische Mitbestimmung.

Im Sinn ihrer gesellschaftlichen Verantwortung sollen Hochschulen einen Beitrag für eine friedliche Entwicklung der Menschheit unter Berücksichtigung unserer natürlichen Lebensgrundlagen leisten. Dazu braucht es eine zivil-ökologische Klausel im Landeshochschulgesetz. Forschung an Rüstung oder klimaschädlichen Technologien wäre dadurch an allen Hochschulen und zivilen Forschungseinrichtungen ausgeschlossen. Um die Freiheit der Wissenschaft zu gewährleisten, sollen hochschuleigene Ethikkommissionen die Einhaltung dieser Klausel selbst kontrollieren. Kritische Wissenschaft muss gefördert werden

Die Linke fordert:

- eine gute Hochschulfinanzierung auch jenseits von Exzellenzinitiativen
- bessere Finanzierung der Studierendenwerke
- Abschaffung aller Studiengebühren – auch für das Zweitstudium und für ausländische Studierende
- eine Bundesratsinitiative für ein elternunabhängiges BaföG – höhere Beträge, einfacher und flexibler
- Studienbedingungen verbessern etwa durch gesenkte Betreuungsgrenze: max. 30 Studierende pro Dozent*in im Seminar
- Numerus Clausus abschaffen – freie Studienplatzwahl für alle, genügend Studienplätze schaffen
- Anwesenheitspflichten in der Uni für Studierende abschaffen
- barrierefreie Hochschulen
- Förderung von Open Access von Publikationen, Forschungsdaten und Lehrmaterialien
- Mentoring-Programme für Arbeiter*innenkinder
- wissenschaftliche Dauerstellen statt Kettenverträge: Wissenschaftszeitvertragsgesetz abschaffen!
- einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte – für den TVStud.
- Sicherstellung einer qualifizierten und fair bezahlten Lehre an Hochschulen, die nicht auf der Ausbeutung von Studierenden in prekären Beschäftigungsverhältnissen basiert. Wir setzen uns für die Einführung fester und fairer Beschäftigungsbedingungen für qualifizierte Fachkräfte an allen Hochschulen ein.
- keine politische Einflussnahme auf Forschung: Zivilklauseln für klimagerechte Hochschulen ohne Militär ausweiten. Bestehende Zivilklauseln dürfen nicht umgangen werden.
- Klares Vorgehen gegen Diskriminierung, Mobbing oder rechte Hetze und sexuelle Belästigung in Hochschulen
- Entscheidungsstrukturen in den Senaten der Universitäten reformieren

Berufliche Schulen stärken und gute Ausbildung fördern

Das duale Ausbildungssystem und die Breite der beruflichen Schullandschaft sind eine Stärke und müssen erhalten, gut finanziert und sinnvoll weiterentwickelt werden. Gemeinsam mit den Gewerkschaften fordern wir eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage. Unternehmen, die keine Ausbildungsplätze anbieten, müssen sich solidarisch mit einer Abgabe an der Finanzierung von Ausbildungsplätzen beteiligen. Im Grundgesetz muss ein Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende Ausbildung verankert werden. Auch Auszubildende brauchen faire Ausbildungsvergütungen und gute Arbeitsbedingungen! Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Mindestausbildungsvergütung für alle Auszubildenden ein, die bei 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung liegt.

Gute Ausbildung darf kein Zufall sein. Wir fordern:

- berufliche Schulen in der Fläche erhalten, Berufsoberschulen ausbauen
- Ein-Fach-Lehrkräfte fördern, um dem Lehrkräftemangel zu begegnen
- ausreichend Schulplätze für alle Ausbildungen
- eine Ausbildungsumlage für alle Betriebe nach dem Bremer Vorbild
- Pflicht-Qualifikation für Ausbildungsbetriebe und Coaching etwa durch Kammern
- psychische Sicherheit und Kinderschutz auch im Ausbildungsbetrieb durch Kontrollen
- Schutz vor Ausbeutung für Menschen mit Ausbildungsvisum
- Die zweite Fremdsprache an beruflichen Gymnasien und Berufsoberschulen sollte frei wählbar oder durch Zertifikat nachweisbar sein – auch Arabisch, Farsi etc.
- Anerkennung ausländischer Abschlüsse
- kostenfreien Meisterbrief, auch in Teilzeit und wohnortnah
- Technikerweiterbildung in Voll- und Teilzeit ausbauen
- Zugang zur Hochschule auch von Technikerschulen und Berufskollegs voll ermöglichen
- schulische Aus- und Weiterbildungen, die zum Berufsabschluss führen, müssen kostenfrei sein.
- Berufliche Vorbildung bei Studienplatzvergabe berücksichtigen

Bildung für alle – ein Leben lang

Lebenslanges Lernen und eine qualitativ hochwertige Bildungsteilhabe müssen allen ermöglicht werden. Die digitale Transformation führt dazu, dass vor allem körperlich schwere und routinierte Arbeitstätigkeiten ersetzt werden. Gleichzeitig schafft die Digitalisierung auch neue Arbeitsfelder und stellt neue Anforderungen, wofür es einer umfassenden praxisorientierten Weiterbildungsoffensive bedarf. Als Linke verstehen wir Weiterbildung aber auch als Form der persönlichen Weiterentwicklung. Wir setzen uns auf Bundesebene für einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung ein.

Auch Volkshochschulen und andere Angebote der Erwachsenenbildung leisten einen wichtigen Beitrag zu Teilhabe, doch die Lehrenden arbeiten häufig unter prekären Bedingungen. Das wollen wir ändern!

Lebenslanges Lernen muss möglich und gerecht sein:

- plurale Weiterbildungslandschaft erhalten und stärken
- Alphabetisierungskampagnen für Erwachsene intensivieren
- Volkshochschulen besser finanzieren
- Bildungszeitgesetz ausweiten – Bildungsurlaub ausweiten und bekannter machen
- Möglichkeiten für Online- und Fernstudium erweitern
- Weiterbildungsfonds für Beschäftigte, finanziert von Unternehmen
- gute Bezahlung für Lehrende, keine prekären Jobs
- mehr Infos zu Weiterbildungsangeboten, besonders für Berufstätige
- rassismuskritische Bildung in der Erwachsenenbildung stärken

Arbeit, die zum Leben passt: gute Löhne und mehr Mitbestimmung

Baden-Württemberg - das „Musterländle“ für gute Arbeit? Die Landesregierung ist dieser Erwartung nicht gerecht gewordenschwer enttäuscht. In Baden-Württemberg gibt es fast 1,6 Millionen Menschen, die armutsgefährdet sind bzw. in Armut leben. Der Arbeitsmarkt ist geprägt von unsicheren Arbeitsverhältnissen. Niedriglohn, Mini- und Midi-Jobs,

Befristungen, Leiharbeit, Werkverträge, Arbeit auf Abruf und Teilzeitarbeit sind an der Tagesordnung.

Pflegekräfte, Busfahrer*innen und Erzieher*innen arbeiten am Limit. Großbaustellen funktionieren nur noch mit Subunternehmen, in denen Menschen zu sehr schlechten Bedingungen beschäftigt werden. Die Tarifbindung im Handel und anderen Branchen nimmt immer weiter ab. Die Leidtragenden sind die Arbeitnehmer*innen. Schlechte Arbeitsbedingungen trifft sie faktisch tagtäglich und in Krisensituationen auch in ihrer sozialen Absicherung.

Die Lohnungleichheit (sog. Gender Pay Gap) zwischen Frauen und Männern liegt in Baden-Württemberg bei 19 Prozent (2024). Das „Musterländle“ ist damit bundesweit negativer Spitzenreiter. Frauen sind hier besonders von Armut betroffen. Tarifgebundene Arbeit und ein höherer Mindestlohn würden insbesondere Frauen vor der (Alters)Armutsfalle schützen. Wir wollen Arbeit, die zum Leben passt. Wir wollen auch Zeit für unsere Familien und Freunde, Zeit für uns selbst und Zeit für gesellschaftliches Engagement – und nicht 12 Stunden arbeiten, um die Profite der Unternehmer zu mehren.

Es läuft etwas schief im „Musterländle“, wenn sich Millionen trotz Arbeit ihre Wohnung nicht leisten können oder aufstocken müssen. Wer ein geringes Einkommen hat, kann kaum oder gar nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, erhält bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit ein geringes Arbeitslosen- und Krankengeld und landet schließlich mit einer geringen Rente in Altersarmut. Die Subvention von Niedriglöhnen durch aufstockende Sozialleistungen entlastet Unternehmen und stützt gleichzeitig prekäre Beschäftigung – und das auf Kosten der Allgemeinheit. Das nehmen wir nicht weiter hin!

Die Linke steht an der Seite der Beschäftigten, der Erwerbslosen und Rentner*innen. Wir setzen uns für gute Arbeit, gute Löhne und ein gutes Leben für alle ein. In den letzten Jahrzehnten ist die Gesellschaft immer ungleicher geworden. Einige wenige werden immer reicher und damit auch immer mächtiger. Alle anderen erarbeiten den Reichtum mit ihrer Arbeitskraft, erhalten jedoch kaum etwas davon. Es ist daher an der Zeit, dass die Reichen uns endlich zurückgeben, was sie uns genommen haben.

Gemeinsam ist Veränderung möglich. Wir werden uns im Landtag Hand in Hand mit den Beschäftigten dafür einsetzen, dass die Menschen und nicht Profite im Mittelpunkt stehen.

Wir fordern:

- **faire Bezahlung** der Erwerbsarbeit mit einem landesspezifischen Mindestlohn von 60 Prozent des monatlichen Medianeinkommens in Baden-Württemberg. Das entspricht aktuell etwa einem Stundenlohn von 17 Euro.
- **ein Landestariftreuegesetz,** das in allen Bereichen gelten soll. Bei öffentlicher Auftragsvergabe sind nicht nur sozial und ökologische Kriterien zu berücksichtigen, sondern auch die Einkommen der Beschäftigten. Es darf im öffentlichen Bereich keine Dumpinglöhne geben.
- **Frauen müssen endlich gleichgestellt werden**, deshalb gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Die Betriebe und Verwaltungen haben dabei den Nachweis zu erbringen. Zusätzliche Ausgleiche (z. B. Perioden-Urlaubstage) für menstruierende Menschen.
- **Das Land muss Vorreiter sein**: Keine Befristungen im öffentlichen Dienst. Soziale Berufe gehören besser bezahlt und höher eingruppiert.
- **Wir setzen uns für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung ein**. Ein erster Schritt ist eine 30 Stunden-Woche, natürlich bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

- **Prekäre Arbeit abschaffen:** keine Befristungen ohne Sachgrund, keine Leiharbeit und keine Mini- und Midi-Jobs ohne volle Sozialversicherung mehr. Jede Arbeit muss sozialversicherungspflichtig sein. Dabei muss der öffentliche Dienst eine Vorreiterrolle einnehmen.
- **Mehr und bessere betriebliche Mitbestimmung** bei allen Personalthemen sowie bei geplanten Ausgliederungen und Verlagerungen.
- **Transformation der Arbeit im Sinne der Beschäftigten**: die derzeitigen Veränderungen in der Arbeitswelt (Digitalisierung, Einsatz von KI etc.) müssen für Erleichterungen und besseren Verteilung der Arbeit sowie zu Arbeitszeitverkürzungen führen.
- **Ein besseres Arbeitsrecht bei kirchlichen Trägern.** Streikrecht und Schutz vor Diskriminierung, z. B. bei Scheidung oder Homosexualität, muss auch in Einrichtungen von Religionsgemeinschaften gelten.

Kultur – Medien – Sport: für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft

Kultur für alle

Kunst und Kultur haben eine zentrale gesellschaftliche Funktion. Sie können einen anderen Blick auf die Welt vermitteln und zum kritischen Hinterfragen anregen. Gemeinsame Kulturerlebnisse machen Freude und fördern das soziale Miteinander.

Viele Menschen können sich jedoch keinen Kino- oder Konzertbesuch leisten, oder sie können diese nicht erreichen, weil die kulturellen Angebote sich in den größeren Städten konzentrieren.

Kunst und Kultur muss für alle Menschen zugänglich sein durch ein kostenfreies inklusives und vielfältiges Angebot. Wir wollen Kultur zu den Menschen bringen, in die Dörfer und in die Stadtteile. Dabei werden subkulturelle, interkulturelle, migrantische und queer-feministische Kulturangebote besonders gefördert. Der rechten Vereinnahmung von Kultur wollen wir uns entgegenstellen.

Kunst ist frei – aber gute Kunst braucht gute Förderung. Damit sich Kreativität frei entfalten kann, müssen Kulturschaffende von ihrer Arbeit leben können. Dazu wollen wir mit einer nachhaltigen, unbürokratischen, autonomen und weniger projektorientierten Kulturförderung beitragen. Kultur ist eine öffentliche Aufgabe und darf nicht der Verwertungslogik unterworfen sein.

Wir fordern:

- **Kultur muss offen für alle sein**: Öffentlich bezuschusste Kultureinrichtungen müssen perspektivisch kostenfrei und barrierefrei sein.
- **Landesförderung für Kulturpässe in den Kommunen** (z. B. Kulturpass Karlsruhe, FreiburgPass).
- **Kunst und Kultur zu den Menschen bringen**: Kunstprojekte in Stadtteilen und kleineren Kommunen fördern.
- **Höhere Landesmittel für die Theaterförderung,** insbesondere für kommunale Bühnen, freie Theater, Kinder- und Jugendtheater sowie inklusive und migrantisch geprägte Produktionen. Theater ist kein Luxus, sondern Teil der öffentlichen

Daseinsvorsorge – es schafft Räume für Debatte, Bildung, Teilhabe und künstlerische Freiheit.

- **Höhere Landesmittel für Kultur** in den Kommunen allgemein.
- **Förderung von Bibliotheken der Dinge** mit Werkstatträumen, Proberäumen und weiteren Räumen zur unterschiedlichen Nutzung.
- **Theater in der Fläche stärken:** Auch der ländliche Raum braucht Zugang zu professionellem Theater – durch mobile Formate, Kooperationen und gezielte Förderung kleinerer Häuser.
- **Kulturelle Vielfalt berücksichtigen**: Queere, feministische und migrantische Kunst und Kultur fördern.
- **Stärkung der freien Szene und der Subkultur** durch die Bereitstellung von öffentlichen Räumen und durch eine nachhaltige Förderung. Wir wollen verlässliche Förderstrukturen und Planungssicherheit statt Projektabhängigkeit.
- **Jugendkultur fördern**: Proberäume für Bands und Ausstellungsräume bereitstellen, indem wir mehr Räume in gesellschaftliches Eigentum überführen.
- **Orte der Kreativität fördern, konsumfreie Räume schaffen,** landesweite Initiative „Streetart stärken“, öffentliche Flächen für Graffiti freigeben.
- **Gute Arbeit, von der man leben kann**: Kulturförderung an soziale Standards für die Beschäftigten knüpfen, mit branchenspezifischen Honoraruntergrenzen und Ausstellungshonorare. Solo-Selbstständige und freiberuflich Tätige wollen wir besser unterstützen. Auf Bundesebene setzen wir uns für einen höheren Bundeszuschuss und die Ausweitung der Künstlersozialkasse auf weitere Berufsgruppen ein.
- **Demokratisierung der Kulturförderung:** Beteiligung von Künstler*innen, Publikum und zivilgesellschaftlichen Initiativen an Förderentscheidungen und Kulturentwicklungsplänen.
- **Club- und Partyszene stärken** durch ein Gewerbemietrecht mit regulierten Mieten und Kündigungsschutz.
- **Selbstverwaltete Produktionshäuser und genossenschaftliche Modelle stärken** durch langfristige Verbandsstrukturen und mehr hauptamtliche Arbeit.
- **Kulturelle Bildung ausbauen:** Theaterpädagogik, Schulkooperationen und Programme für Kinder, Jugendliche und Senior*innen brauchen mehr finanzielle und strukturelle Unterstützung

Demokratische Medienpolitik

Eine demokratische Gesellschaft braucht vielfältige Medien, damit die Menschen sich eine Meinung bilden können. Neben Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen bieten das Internet und Social Media Plattformen umfassende Möglichkeiten, sich zu informieren und eigene Meinungen zu äußern. Das birgt aber auch die Gefahr, dass sich Falschnachrichten und Verschwörungsideologien schnell verbreiten könnten. Die Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz (KI) bieten Chancen, vergrößern jedoch zusätzlich die Unsicherheiten hinsichtlich der Verlässlichkeit von Nachrichten.

Gegen diesen Trend müssen die öffentlich-rechtlichen Medien und ihre demokratischen Strukturen gestärkt und in allen Bildungseinrichtungen Medienkompetenz zentral vermittelt werden. Doch auch einer Gegenöffentlichkeit und der Vielfalt muss Raum gegeben werden. Deswegen unterstützen wir die Förderung freier Medienkanäle der verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen.

Der Zugang zu verlässlicher Information muss für alle zugänglich sein. Auch Menschen, für die die digitale Welt nicht so einfach zugänglich ist, muss die Mediennutzung ermöglicht werden durch Nachrichten in einfacher Sprache und Gebärdensprache, Unterstützung von Senior*innen und Menschen mit Behinderung.

Wir fordern:

- **Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks**: Die digitalen Angebote des SWR, insbesondere für junge Menschen, müssen ausgebaut werden. Online-Angebote in Mediatheken müssen dauerhaft erhalten bleiben, und eine Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach dem bisherigen Rundfunkstaatsvertrag muss gesichert werden.
- **Öffentlich-rechtliche Plattformen** einrichten, als Alternativen zu kommerziellen Angeboten.
- **Den Landesrundfunkrat Baden-Württemberg reformieren und vielfältiger besetzen** durch Einbeziehung weiterer Bevölkerungsgruppen, wie zum Beispiel queere oder atheistische Vertretungen.
- **Freie Radios und offene Kanäle** (Bürger*innenfernsehen) **fördern.** Fördermittel für den Sendebetrieb auf DAB+ (digitales Radio) auch für freie Radios.
- **Internet für alle**: Einkommensschwache Haushalte müssen kostenlos mit Breitband-Internet versorgt werden.
- **Allen einen Zugang zu Informationen bieten** durch Förderung seniorengerechter Angebote, Einstiegshilfen zur Nutzung digitaler Medien, Förderung von Angeboten in einfacher Sprache und Gebärdensprache.

Sport stärkt Zusammenhalt

Sport und Bewegung sind wichtig für Spaß und Gesundheit, für das soziale Miteinander, Toleranz, Respekt und Fairness. Die Förderung von Sportangeboten und Sportstätten gehört als Element der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand.

Wir wollen, dass alle Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, körperlicher Verfassung, Sport treiben und sich bewegen können, es muss in niedrigschwellige, für alle Menschen zugängliche und nutzbare Stätten und Orte für Sport und Bewegung investiert werden.

Eine vorrangige Förderung des Spitzen- und Profisports zur Erlangungen von Medaillen und Prestige sowie für den Profit von Fernsehsendern, Sportartikelherstellern etc. lehnen wir ab.

Wir fordern:

- **Sport- und Bewegungsorte und multifunktionale Sportflächen** für alle fördern: Sport muss geschlechtergerecht, inklusiv, integrativ, ökologisch sein und muss alle Altersgruppen berücksichtigen.
- Freie Zugänglichkeit zu Sportstätten fördern.
- **Amateursportvereine und Frauensport** bedarfsgerecht fördern.
- **Kleinere und Randsportarten** fördern.

- **Schwimmunterricht an Grundschulen** flächendeckend sicherstellen. Bis zum Ende Grundschulzeit müssen alle Kinder schwimmen können.
- **Keine Schließung von Schwimmbädern**.
- **Sicherheit bei Großveranstaltungen** durch die Polizei gewährleisten. Keine Abwälzung der Kosten auf die Vereine.
- **Überwachung und Kriminalisierung** von Fangruppierungen **beenden**
- **Eine deutliche Erhöhung der Übungsleiterpauschale** inklusive einen Weiterbildungszuschuss, um das ehrenamtliche Engagement zu fördern.
- **Landesweiten Sportpass einführen**: kostenlose und diskriminierungsfreie Vereinsmitgliedschaft und Ausstattung für finanziell benachteiligte Menschen.
- **Aufarbeitung und Konsequenzen aus dem Missbrauchsskandal** des deutschen Turnerbunds in Baden-Württemberg.

Zukunftsfähige Finanzierung: Vermögen besteuern und Soziales finanzieren

Wir brauchen eine finanzpolitische Wende: Die Ungleichheit in Bezug auf Vermögen und Erbschaften steigt immer mehr, dies wird zunehmend zu einem Problem für die Demokratie. In Baden-Württemberg besitzen die 500 reichsten Familien rund ein Drittel der gesamten Vermögen im Land. Im Augenblick werden Vermögen kaum und riesige Erbschaften gering besteuert. Wir Linke setzen uns für progressive Besteuerung ein, denn wer viel hat oder erbt, kann auch viel zur Finanzierung des Gemeinwesen beitragen. Die Vermögens- und Erbschaftssteuern würden zu mehr Gerechtigkeit führen, aber auch direkt dem Landeshaushalt zugutekommen und die Einnahmesituation stark verbessern.

Seit Jahren werden dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur vernachlässigt. Die Folgen sind katastrophal: fehlende bezahlbare Wohnungen, sanierungsbedürftige Schulen, mangelnder Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, das kaputtgesparte Gesundheitssystems. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Unterfinanzierung der Kommunen: Das Konnexitätsprinzip: „Wer eine Aufgabe bestellt, muss sie auch bezahlen“ wird zunehmend außer Kraft gesetzt. Wir sagen: Es darf keine Aufgabenzuweisung an die Kommunen ohne Sicherstellung der Finanzierung von Bund und Land erfolgen. Wir Linke wollen ein Baden-Württemberg, in dem sowohl im Land als auch in den Kommunen genug finanzielle Einnahmen vorhanden sind, um in die Zukunft zu investieren und den sozial-ökologischen Umbau zu finanzieren. Dazu ist es auch notwendig die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu zu regeln und einen niedrigschwelligen und praktikablen Zugang zu Fördertöpfen zu ermöglichen.

Die Linke tritt ein für:

- **Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer Reform der Erbschaftssteuer:** Die Ausgestaltung der Erbschaftssteuer in Deutschland ist ungerecht und bevorzugt Superreiche. Gleichzeitig kommt die Erbschaftssteuer finanziell vor allem den Bundesländern zugute. Baden-Württemberg setzt sich für eine Bundesratsinitiative ein, die eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer Reform der Erbschaftssteuer fordert, mit dem Ziel, die Bevorzugung riesiger Erbschaften im Steuerrecht zu beenden. Dies hat die baden-württembergische Landesregierung in der Vergangenheit stets blockiert.

- **Auflage eines umfassenden sozialen und ökologischen Investitionspakets** für das Land Baden-Württemberg, um den Investitionsstau zu beheben, eine leistungsfähige Infrastruktur in Stadt und Land zu ermöglichen und den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft voranzutreiben.
- **Genossenschaften fördern:** Gerade beim Wohnungsbau, dem Erhalt von Arbeitsplätzen, der Einrichtung eines Dorfladen oder dem Ausbau der erneuerbaren Energien sichern Genossenschaften sozialen Zusammenhalt, fördern die Demokratie, arbeiten selbsttragend und nicht für Profite. Dies sollte auch in der Landesverfassung verankert werden.
- **Sparen wir uns die Repression:** Der Landeshaushalt finanziert mit der Bezahlkarte für Geflüchtete ein inhumanes Prestigeprojekt und trägt die Kosten für zahlreiche Ersatzfreiheitsstrafen, die Menschen absitzen, weil sie zu arm um sind kleinere Geldstrafen wie etwa fürs Fahren ohne Fahrausweis zu bezahlen.
- **Schuldenbremse in der Landesverfassung abschaffen,** denn sie ist eine Investitionsbremse.
- **Grunderwerbssteuer kurzfristig von 5 Prozent auf 6,5 Prozent nach dem Vorbild anderer Bundesländer erhöhen** mit gestaffelte Steuersätze einführen, die die Wirtschaftskraft der Erwerber*innen stärker berücksichtigen.
- **Grundsteuer gerecht gestalten:** Wir wollen, dass der Wert des Gebäudes Bestandteil der Kalkulation der Grundsteuer wird und nicht nur der Bodenrichtwert. Das neue, einfachere Grundsteuerrecht in Baden-Württemberg fördert dichtere und suffizientere (angemessene) Bebauung. Mit der Einführung wurden aber auch, absichtlich oder nicht, Gewerbegrundstücke deutlich entlastet. Die Ermäßigung für Wohngrundstücke im § 40 Landesgrundsteuergesetz wollen wir deshalb erhöhen. Um die Mieter*innen nicht zu belasten, fordern wir ein Verbot der Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Wohnungsmiete. Wir fordern daher auch von der neuen Landesregierung hierzu eine Bundesratsinitiative.
- **Steuerhinterziehung bekämpfen** durch einen deutliche Ausbau der Steuerverwaltung mit dem Ziel einer häufigeren Prüfung bei Großbetrieben und Einkommensmillionär*innen. Der massive Steuerraub durch Cum-Ex und Cum-Cum muss auch im Land vollständig aufgeklärt werden, insbesondere die Verstrickungen der Landesbank LBBW.
- **Kommunen ausreichend finanzieren:** Von Regierungspräsidien verordnete Haushaltssperren will die Linke abschaffen, denn sie sind ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung und führen zu Sozialabbau in den Kommunen. Wir fordern einen Schuldenschnitt für überschuldete Kommunen und die Übernahme von finanziellen Verbindlichkeiten. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund Ländern und Kommunen ein. Die Kommunen müssen wieder handlungsfähig werden, denn hier findet die öffentliche Daseinsfürsorge statt.
- **Ein gerechter Finanzausgleich ist kein Almosen:** Erhöhung der kommunalen Finanzausgleichszuweisungen (FAG) durch das Land Baden-Württemberg, um den tatsächlichen Bedarf der Kommunen zu decken – insbesondere im Bereich Bildung, Soziales, Klimaschutz und Infrastruktur. Stärkere Berücksichtigung strukturschwacher, hochverschuldeter Kommunen im FAG-Schlüssel. In den Kommunen soll es Mitspracherechte kommunaler Vertreter*innen, sozialer Verbände und zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Ausgestaltung des Finanzausgleichs geben.
- **Konnexitätsprinzip einhalten:** Neue Aufgaben müssen vollständig finanziert werden – keine Kostenabwälzung auf die Kommunen.
- **Ausbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftssteuer,** damit alle Betriebe und besserverdienende Selbstständige, zum Beispiel Anwält*innen, Notar*innen und Architekt*innen, einen Beitrag zur Finanzierung der kommunalen Infrastruktur leisten.

- **Klimagerechte Mobilitätswende: Unternehmen an der Finanzierung beteiligen.** Wir fordern die Möglichkeit für die Kommunen, mit dem Mobilitätspass eine Nahverkehrsabgabe nach französischem Vorbild zu erheben und damit die Arbeitgeber*innen mit einer Abgabe an der Finanzierung des Nahverkehrs zu beteiligen.

Baden-Württemberg für alle

Die Menschen in Baden-Württemberg kommen von überall her. Wir leben gern in einer bunten und vielfältigen Gesellschaft. Doch nicht alle können in gleichem Maß die Möglichkeiten nutzen, die sich uns bieten. Und mit dem Rechtsruck vergiften immer mehr Hass und Hetze unser Zusammenleben – Hass auf Zuwanderer, auf Menschen, die auf Bürgergeld angewiesen sind, auf Menschen mit Behinderungen oder einfach auf Frauen. Sie sind von gleichen Möglichkeiten weit entfernt. In keinem anderen Bundesland werden Frauen im Vergleich zu Männern so schlecht bezahlt.

Wir wollen ein Baden-Württemberg für alle. Egal woher die Bewohner*innen des Landes kommen, welches Geschlecht sie haben, wen sie lieben oder ob sie einen Rollstuhl oder Rollator brauchen. Alle Menschen haben unveräußerliche Rechte und gehören zu unserer Gesellschaft. Wir sind bunt und vielfältig, und so wollen wir das Land auch gestalten.

Solidarische Migrationsgesellschaft

Rassismus tötet. Er entrechtet, spaltet, stigmatisiert – und ist Alltag für viele Menschen. Ob bei Kontakten mit Polizei und Behörden, auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, in Schule und Universität, in Kulturinstitutionen, im Gesundheitswesen oder auf der Straße. Rassismus ist ein zentrales Gerechtigkeitsproblem unserer Gesellschaft. Viele erleben eine Verwaltungspraxis, die nicht auf Integration, sondern auf Abschreckung ausgerichtet ist. Angesichts des aktuellen Rechtsrucks müssen gerade Geflüchtete oft als Sündenböcke herhalten.

Wir als Linke wollen einen Perspektivwechsel. Über 30 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg haben eine Migrationsgeschichte, in größeren Städten zum Teil über die Hälfte. Das sehen wir als Bereicherung und große Chance. Statt Abschottung, Ausgrenzung, Kriminalisierung von Geflüchteten und Misstrauen brauchen wir gleiche Rechte für alle: Schutz statt Abschiebung, Teilhabe statt Bevormundung – und eine aktive antirassistische Politik. Wir stehen an der Seite derer, die von Rassismus betroffen sind. Wir hören zu und kämpfen mit ihnen für Gerechtigkeit.

Wir wollen, dass zentrale Aufgaben im Bereich Integration, Antidiskriminierung, Gleichstellung und Demokratieförderung endlich als dauerhafte Landesaufgaben gesetzlich verankert und strukturell wie finanziell abgesichert werden.

Die Linke fordert:

Antirassismus und Teilhabe

- **Keine Polizeikontrollen** aufgrund der Hautfarbe! Wir fordern die Einführung eines Monitorings und einer unabhängigen Beschwerde- und Ermittlungsstelle auf Landesebene für Fälle von ungerechtfertigter Polizeigewalt (siehe auch „Demokratie verteidigen – Grundrechte schützen – Bürgerbeteiligung ausweiten“).

- **Im öffentlichen Dienst** muss es verpflichtende antirassistische und interkulturelle Weiterbildungen geben. An Schulen und in Behörden wollen wir auf allen Ebenen mehr Menschen mit Migrationsgeschichte.
- **Antidiskriminierungs- und Beratungsstellen** in jeder Kommune - bedarfsgerecht finanziert. Wir fordern örtliche Anlaufstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt im ganzen Land. Diese Stellen dürfen nicht länger als freiwillige Leistungen oder Projektstellen mit befristeter Förderung behandelt werden. Wir fordern gesetzlich verankerter Standards und eine verbindliche Finanzierung durch das Land.
- **Integrationsbeauftragte auf kommunaler und Landesebene** mit klar definierten Zuständigkeiten, echten Mitspracherechten und gesicherter Finanzierung.
- **Wer hier lebt, soll auch hier wählen:** Alle Menschen über 16 Jahre, die seit mindestens fünf Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Baden-Württemberg haben, sollen das uneingeschränkte Wahlrecht erhalten.
- **Einbürgerung** muss möglich werden ohne den Zwang, die bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben. Wir setzen uns für Einbürgerungskampagnen ein.
- **Das Aufenthaltsrecht** darf nicht von Familienstand, Job oder Einkommen abhängig sein.
- **Den Familiennachzug** wollen wir erleichtern und für Menschen ohne Ausweispapiere ein dauerhaftes Bleiberecht schaffen.
- **Berufsqualifikationen** aus dem Ausland sollen unbürokratisch anerkannt werden.
- **Muttersprachlicher Unterricht** soll in allen Schulformen gefördert werden, denn Vielsprachigkeit ist eine Stärke.
- **Ältere Migrant*innen** brauchen Hilfsangebote in ihrer Muttersprache.
- **Wir wollen kostenlose Sprach- und Integrationskurse** für alle Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.
- **Ausländerbehörden müssen echte Willkommensbehörden** werden mit mehr Personal und klaren Standards. Sie müssen digital erreichbar sein und Notfalltermine bei aufenthaltsrechtlichen Problemen anbieten.
- **Politische, kulturelle und soziale Selbstorganisation** von Migrant*innen wollen wir dauerhaft fördern. Sie müssen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden.
- **Wir wollen interkulturelle Mentoringprogramme** schaffen, etwa Elternmentoring in allen beruflichen Bereichen.
- **Arbeit ohne bürokratische Hürden:** Wer in Baden-Württemberg lebt und einen rechtmäßigen Aufenthaltsstatus hat, muss arbeiten dürfen. Das gilt auch für geduldete Menschen. Wir fordern ein landesweites Programm zur Arbeitsmarktintegration.
- **Anonymisierte Bewerbungsverfahren** im Arbeits- und Wohnungsmarkt verbindlich einführen.

Eine humane Geflüchtetenpolitik

- **Ein eigenes Aufnahmeprogramm** des Landes soll Kommunen mehr Handlungsspielräume geben und Menschenrechte über politische Symbolpolitik stellen. Baden-Württemberg darf nicht weiter den Spitzenplatz bei der Ausweitung der sogenannten „sicheren Herkunftsländer“ einnehmen, sondern muss Vorbild bei der humanen Aufnahme von Geflüchteten werden.
- **Sicherer Hafen:** Baden-Württemberg soll sich bereit erklären, freiwillig mehr Geflüchtete aufzunehmen.
- **Solidarität ist kein Verbrechen:** Seenotretter*innen und andere Menschen, die humanitäre Hilfe leisten, dürfen nicht kriminalisiert werden. Baden-Württemberg beteiligt sich an der Finanzierung der Seenotrettung, solange es keine staatliche

zivile Seenotrettung gibt. Den Aufbau einer staatlich zivilen Seenotrettung fordern wir im Europaparlament und Bundestag.

- **Grenzkontrollen** wie zwischen Straßburg und Kehl und die Zurückweisung an den Grenzen lehnen wir ab.
- **Wohnungen statt Lager:** Wir fordern freie Wohnortwahl für Geflüchtete und ein landesweites Wohnraumförderprogramm für alle.
- **Kein privater Profit** durch Unterbringung und Beratung Geflüchteter!
- **Die diskriminierende Bezahlkarte,** ein lukratives Geschäft für den Anbieter, wollen wir abschaffen. Geflüchtete brauchen Bargeld wie alle anderen. Wir stellen uns gegen die Kriminalisierung von Tauschbörsen und Tauschcafés und fordern eine Opt-out-Regelung für Kommunen.
- **Grundrechte** wie die Unverletzlichkeit der Wohnung, Privatsphäre und Schutz vor Gewalt müssen auch in Landes-Erstaufnahmestellen und anderen Unterkünften für Geflüchtete gelten. Eine Erstaufnahmestelle im abgelegenen Gewerbepark Breisgau lehnen wir ab.
- **Besonders verletzliche Gruppen**, etwa Mädchen, Frauen, FLINTA* und queere Menschen, brauchen Schutzkonzepte und Rückzugsräume. Das gilt auch und besonders in Sammeleinrichtungen.
- **Bleiberecht:** Geduldete brauchen echte Perspektiven statt endloser Kettenduldungen. Das Land muss die Möglichkeiten für Bleiberecht nutzen.
- **Frauen** brauchen ein eigenständiges, von ihrem Partner unabhängiges Bleiberecht und Kinderbetreuung während des Asylinterviews sowie bei Deutsch- und Integrationskursen.
- **Klare gesetzliche Regelung zur Priorität des Kindeswohls** bei aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen: Wir fordern ein Landesgesetz für koordinierte, transparente und diskriminierungsfreie Zusammenarbeit aller relevanten Behörden im Interesse der Betroffenen – nicht der Abschiebestatistik.
- **Die Gesundheitsversorgung** von Menschen mit Fluchterfahrung muss gewährleistet sein. Es müssen passgenaue Angebote für sie entwickelt werden, um mit Traumata umzugehen und Retraumatisierung zu verhindern.
- **Unabhängige Asylverfahrensberatung** muss landesweit sichergestellt und ausgebaut werden. Dolmetscher*innen müssen finanziert werden.
- **Einen landesweiten Pool unabhängiger Dolmetscher*innen,** der allen Kommunen und sozialen Einrichtungen zur Verfügung steht – für diskriminierungsfreien Zugang zu Beratung, Bildung, Gesundheitsversorgung und Behördenleistungen.
- **Wir fordern einen sofortigen Abschiebestopp** – besonders in Kriegs- und Krisenregionen und für besonders schutzbedürftige Personen, auch aufgrund ihrer Geschlechtsidentität. Schulen, Krankenhäuser und Kirchen müssen als Schutzräume vor Abschiebungen gelten.
- **Die Abschiebehaft** gehört abgeschafft und das Abschiebegefängnis Pforzheim geschlossen. Am Flughafen Stuttgart dürfen keine Abschiebehaftplätze eingerichtet werden.
- **Initiativen** wie ProAsyl, SeaWatch, Seebrücke und Amnesty International wollen wir fördern.

Bildung und Ausbildung für Geflüchtete

Sprache ist der Schlüssel zu Bildung und Teilhabe. Alle Menschen, die nach Baden-Württemberg kommen, müssen die Chance bekommen, gut Deutsch zu lernen – und zwar kostenfrei, wohnortnah und unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Deshalb fordern wir:

- **kostenlosen Zugang zu Sprach- und Integrationskursen** für alle – auch für Geduldete, Asylsuchende und Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus,
- **ausreichende Finanzierung und Aufstockung von Deutsch-als-Zweitsprache**-Angeboten (DaZ-Angebot) in Kitas, Schulen und Berufsschulen,
- **ausreichend qualifiziertes Personal für Deutschförderung,** mit guter Bezahlung und festen Verträgen,
- **frühzeitige Sprachförderung** in Kitas und Schulen mit mehrsprachiger Unterstützung,
- **Sprachförderung als Teil multiprofessioneller Teams,** z. B. mit DaZ-Lehrkräften und Sozialarbeiter*innen,
- **schulische und berufliche Bildung für Geflüchtete sicherstellen**, auch bei unsicherem Aufenthaltsstatus,
- **digitale Lernangebote in verschiedenen Sprachen,** auch außerhalb des formalen Unterrichts,
- **Anerkennung von Abschlüssen erleichtern** und den Zugang zu Arbeit fördern.
- **Sprachliche Vielfalt ist eine Stärke.** Deshalb setzen wir uns auch für die Förderung von Muttersprachen im Bildungssystem ein – als Ausdruck von Wertschätzung und Teilhabe.

Linker Feminismus: gleichberechtigt und selbstbestimmt

Frauen- und FLINTA*politik

Der 8. März, der feministische Kampftag, muss ein gesetzlicher Feiertag werden! Frauen halten die Gesellschaft am Laufen. In der Pflege, im Lebensmittel-Einzelhandel und in der Reinigungsbranche sind mehr als drei Viertel der Beschäftigten Frauen. Doch die wenigsten von ihnen erhalten für ihre Arbeit einen angemessenen Lohn und Wertschätzung. Auch die unbezahlte Arbeit bei der Kindererziehung, im Haushalt und in der Pflege geht alle an.

Frauen sind die Hälfte der Bevölkerung, aber noch immer nicht dementsprechend in ökonomischen und politischen Entscheidungen beteiligt. Wir wollen die Arbeit von Frauen sichtbar machen und materiell aufwerten. In allen Entscheidungspositionen muss Gleichberechtigung herrschen. Wir brauchen hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in den Kommunen und sorgende Städte mit wohnortnahen Versorgungs-, Beratungs- und Gemeinschaftsangeboten.

Unser besonderes Augenmerk gilt den Rechten von alleinerziehenden Müttern, migrantisierten Frauen, Frauen in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen und solchen, die von Gewalt und Sexismus betroffen sind. Wir setzen uns für die Rechte von Frauen, Lesben, inter-, non-binären, trans*- und agender Personen ein. Der Ausdruck FLINTA* ist eine Abkürzung, die deutlich macht, dass es mehr als nur zwei Geschlechter gibt. Patriarchale Strukturen verhindern bis heute, dass FLINTA* gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben können.

Die Linke fordert:

- **Sorgearbeit ist eine gesellschaftliche Aufgabe.** Eltern brauchen eine verlässliche Kinderbetreuung. Wir wollen sorgende Städte mit wohnortnahen Angeboten.
- **Bessere Bezahlung In Gesundheits-, Pflege und Erziehungsberufen** – und ebenso in Reinigungsdiensten oder im Verkauf, wo Frauen oft prekär in unfreiwilliger Teilzeit oder im Minijob arbeiten.

- **Jede Rente muss zum Leben reichen**, Altersarmut darf nicht vorprogrammiert sein. Der Unterschied zwischen Männern und Frauen bei der Rente ist in Baden-Württemberg so hoch wie in kaum einem anderen Bundesland. Wir wollen, dass Seniorinnen selbstbestimmt ihr Leben führen können. Kindererziehung muss bei der Alterssicherung besser berücksichtigt werden.
- **Novellierung des Gleichstellungsgesetzes und der Vergabeordnung** zugunsten der Förderung von Frauen
- **Bessere Förderung** autonomer Projekte für Frauen-, FLINTA*- und Queerprojekte, besonders auch für Projekte für geflüchtete Frauen und FLINTA*
- **Dauerhafte Förderung entsprechender Initiativen** statt befristeter Projektförderung
- **Vollständige Inklusion** von Frauen mit Behinderungen
- **Kostenlose Verhütungsmittel und Menstruationsprodukte** in den Einrichtungen des Landes
- **Hauptamtliche FLINTA*Beauftragte** in Vollzeit mit erweiterten Kompetenzen und einem landesweiten Aufgabenprofil in den Kommunen. Gleichstellungs- und Chancengleichheitsbeauftragte in allen öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen ab Kommunen mit 20.000 Einwohner*innen. Verpflichtend – nicht als freiwillige Leistung der Kommunen.
- **Parität in den Parlamenten:** Ein Paritätsgesetz soll einen Frauenanteil im Landtag von Baden-Württemberg mindestens entsprechend dem Bevölkerungsanteil gesetzlich verankern.
- **Schutz vor Gewalt gegen Frauen und FLINTA*** darf keine freiwillige Leistung der Kommunen sein, die in wirtschaftlichen Krisen eingespart wird. Unsichere Finanzierung wollen wir landesweit beenden und die Umsetzung der Istanbul-Konvention des Europarats sicherstellen.
- **Gemäß den Standards der Istanbul-**Konvention ausreichend Plätze in Frauen- und Kinderschutzhäusern sowie Wohnprojekten für von Gewalt betroffene Frauen und FLINTA* und eine verlässliche, einzelfallunabhängige Finanzierung.
- **Einen baden-württembergischen Aktionsplan** gegen häusliche Gewalt
- **Femizide,** die vorsätzliche Tötung von Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts – oft im Kontext patriarchaler Strukturen – müssen auf Landesebene realistisch erfasst werden.
- **Beratungsstellen** für gewaltbetroffene Frauen und FLINTA* wohnortnah, mindestens in jedem Landkreis. Der Ausbau von Schutzwohnungen für queere und trans* Menschen. Alle neu gebauten Schutzhäuser müssen barrierefrei sein, nicht-barrierefreie Schutzhäuser sollen barrierefrei nachgerüstet werden.
- **Mehr Sicherhei**t für alle durch bessere Beleuchtung der Innenstädte, Taxis für Frauen und FLINTA* und eine SafeNow-App für Notfälle.
- **Die Arbeit mit Tätern und Präventionsarbeit** muss mit einem Landesprogramm in den Kommunen flächendeckend ausgebaut werden
- **In der Ausbildung bei Polizei, Justiz und Verwaltung** muss ein sensibler Umgang mit Fällen von Gewalt gegen Frauen und FLINTA* stärker gewichtet werden.
- **Menschen, die in der Sexarbeit tätig sind, wollen wir besser schützen:** Dabei gehen wir nicht den Weg der Bevormundung und der Repression, sondern unterstützen die Forderungen der selbstorganisierten Berufs- und Betroffenenverbände mit einer Orientierung am Neuseeländischen Modell, das

Selbstorganisation statt kapitalistischer Ausbeutungsmechanismen in den Vordergrund stellt.

- **„Nur Ja heißt Ja“** muss EU-weit gelten. Dafür machen wir uns stark.
- **Gewaltambulanzen ausbauen: Die Vertrauliche und kostenlose Beweissicherung und medizinische Soforthilfe** in Fällen sexualisierter und häuslicher Gewalt muss flächendeckend in Baden-Württemberg angeboten werden. Wir lassen Opfer nicht allein.
- **Gesundheitsberatungen für Frauen ausbauen** und Frauengesundheitszentren dauerhaft finanziell besser absichern. Schwangerschaftsabbrüche gehören zur medizinischen Grundversorgung. Wir kämpfen weiter gegen den Paragraf 218 StGB!
- **Aufträge und Fördermittel des Landes sollen nur an Betriebe** vergeben werden, die einen wertschätzenden Umgang mit Vielfalt praktizieren, Gleichstellungspläne erstellen und sich nachweislich tariftreu verhalten.

Queerpolitik

Wir fordern:

- **Selbstverwaltete, dauerhaft finanzierte Community-Zentren** in allen Regionen Baden-Württembergs: Schutzräume auch in ländlichen Räumen stärken und unterstützen.
- **Dauerhaft und nicht nur als Projekt geförderte Beratungsangebote für queere Menschen** und ihre Angehörigen wollen wir ausbauen. Die Beratenden müssen angemessen bezahlt werden und sozial abgesichert arbeiten können. Auch die Peer-Beratung queerer Menschen soll unterstützt werden.
- **Kulturförderung:** Queere Initiativen, Projekte und CSDs wollen wir verbindlich fördern.
- **Der Landesaktionsplan für Akzeptanz & gleiche Rechte** muss weiterentwickelt und besser finanziert werden.
- **Schutz vor Diskriminierung:** Queere Menschen und Regenbogenfamilien müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen geschützt werden!
- **Die stärkere finanzielle Unterstützung queerer Bildung und Aufklärung.**
- **Lehrkräfte** sollen nicht weiter verpflichtet sein, die Eltern eines Kindes zu informieren, sollte es selbstbestimmt wünschen, mit einem Namen angesprochen zu werden, der nicht dem eingetragenen Namen entspricht. Lehrkräfte dürfen sich nicht über die Wünsche des Kindes hinwegsetzen.
- Das Land Baden-Württemberg soll ein **Anti-Diskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild** erhalten, das es ermöglicht, bei Diskriminierungen auch gegen öffentlich-rechtliche Einrichtungen zu klagen.
- **Queerfeindliche Straftaten** müssen systematisch erfasst und ausgewiesen werden!
- Die sinnlose und stigmatisierende Praxis der **Kennzeichnung von HIV- und/oder Hepatitis-positiven Menschen** mit dem Kürzel ANST im Zusammenhang mit strafrechtlichen Ermittlungen muss sofort beendet und alle Daten gelöscht werden.
- **Gesundheitsversorgung für queere Menschen ausbauen:** Beratung und psychische und soziale Begleitung von Trans*-, Inter- und nicht binären Personen,

geschlechtsangleichende Leistungen und Gesundheitszentren wie zum Beispiel die der AIDS-Hilfe müssen verstärkt und ausreichend finanziert werden.

- Das Land soll sich im Bundesrat für die Änderung des Artikel 3 GG einsetzen mit dem Ziel, den **Schutz der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität aufzunehmen**. Auch soll sich für die Anpassung des Abstammungsrechts an die gelebten Realitäten einsetzen, insbesondere für die Anerkennung der Elternschaften zweier Mütter oder Väter, trans* und inter*Eltern sowie von mehr als zwei Eltern. Queere Eltern brauchen gezielte Unterstützung bei der Kinderwunschbehandlung.
- Den rechten Kulturkampf um das Nutzen **geschlechtersensibler Sprache** machen wir nicht mit. Einem Verbot stellen wir uns entgegen. Das Verwenden geschlechtersensibler Schreibweisen sollte nicht im Unterricht bestraft werden.

Jugend

Text fehlt noch

Selbstbestimmte Behindertenpolitik

In Baden-Württemberg leben mindestens eine Million Menschen mit Behinderungen. Die meisten erleben täglich Einschränkungen, Benachteiligungen und Diskriminierung durch die Gestaltung ihrer Umwelt, ihres Umfeldes, durch Gesetze und bewusste Ausgrenzung, Barrieren in Gebäuden, Verkehrssystemen oder in der Kommunikation. Frauen mit Behinderungen sind oft besonders von Erwerbslosigkeit, Armut und Abhängigkeit betroffen. Barrieren verhindern soziale Teilhabe.

„Nichts über uns ohne uns“ ist das Motto selbstbestimmter Behindertenpolitik. Hindernisse für Menschen mit Behinderung, psychischen Erkrankungen und Neurodiversität müssen beseitigt werden. Die Linke will die 2009 in Deutschland unterzeichnete UN-Behindertenrechtskonvention sofort und konsequent umsetzen. Bisher finden viele Menschen mit Behinderungen nur in Sondereinrichtungen geeignete Bedingungen vor. Dagegen wollen wir ihnen ein Leben in der Mitte der Gesellschaft ermöglichen und diese Parallelwelt überflüssig machen. Wir wollen die persönliche Assistenz ausbauen. Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Sexualität, Adoption und auf Assistenz als betreuende Eltern.

Die Verantwortung für Bildung trägt das Land, für eine inklusive Arbeitswelt tragen sie vor allem Großbetriebe und der öffentliche Dienst. Vor dem Hintergrund des fortschreitenden Klimawandels müssen die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden – etwa durch Hitzeschutz beim Bau barrierefreier Wohnungen oder durch die Gestaltung des öffentlichen Raums, was allen zugutekommt.

Kulturelle Teilhabe darf keine Frage von körperlichen, sensorischen oder kognitiven Voraussetzungen sein.

Die Linke fordert:

- **Inklusive Bildung für alle** - vom Kindergarten bis zur Hochschule mit angemessenem Nachteilsausgleich.
- **Förderschulen** müssen schrittweise **in qualifizierte Regelschulen umgewandelt werden.**
- **In Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)** muss der gesetzliche Mindestlohn gelten, ebenso jeder branchenspezifische Tarifvertrag.
- **Jedes Unternehmen**, das zur Ausgleichsabgabe verpflichtet ist, muss Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Die Ausgleichsabgabe von Unternehmen, die keine oder nicht ausreichend Menschen mit Behinderungen beschäftigen, muss deutlich über den Kosten der möglichen Arbeitsplätze liegen.
- **Die Schwerbehindertenvertretung** in den Betrieben muss rechtlich gestärkt werden.
- **Barrierefreiheit** muss bei allen Planungen und Entscheidungen mitgedacht werden und ein Vergabekriterium für öffentliche Investitionen und Fördergelder sein.
- **Barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum:** staatlich geförderter und mietpreisgebundener Wohnraum muss barrierefrei sein.
- **Barrierefreie Kultur- und Medienangebote**: Es braucht eine verbindliche Landesförderung für den Einbau von Rampen und barrierefreien Zugängen in allen öffentlich geförderten Kultureinrichtungen, tastbare Blindenleitsysteme und Orientierungsangebote für sehbehinderte Menschen, die Bereitstellung von Untertiteln und Audiodeskriptionen bei Film- und Bühnenveranstaltungen, den regelmäßigen Einsatz von einfacher Sprache und Gebärdensprachdolmetschung sowie reizreduzierte Beleuchtungs- und Akustiklösungen für neurodivergente Menschen.
- Öffentliche **Toiletten für alle,** in allen öffentlichen Gebäuden und im kommunalen Raum.
- **Förderprogramme für Blinden- und Assistenzhunde.**
- **Stigmatisierung abbauen und Aufklärung betreiben:** Die Förderung verpflichtender Schulungen für relevante Berufsgruppen soll zu einem diskriminierungsfreien, aufgeklärten Umgang mit Menschen mit Behinderung und psychischen Erkrankungen beitragen.

Weltanschaulich frei

Die Kirchen sind wichtige Akteure in der Zivilgesellschaft. Gerade in der Migrations- und Sozialpolitik gibt es viele Übereinstimmungen mit Positionen der Linken. Gleiches gilt auch für die Friedens- und Umweltpolitik. Wir treten für einen weltanschaulich neutralen Staat in einer säkularen und religiös vielfältigen Gesellschaft ein. Wir verteidigen die Rechte jüdischer Menschen, Muslim*innen und andere Minderheiten, wenn sie wegen ihrer Religion oder ihrer Weltanschauung diskriminiert werden.

Die Linke fordert:

- **Klare Trennung** von Staat und Religion.
- **Ob religiös oder atheistisch: Gleichbehandlung aller Religionen** und Weltanschauungen.
- **Staatlich geschützte Feiertage** für christliche, jüdische und muslimische Religionsgemeinschaften. Das muslimische Fest des Fastenbrechens

Eid al-Fitr bzw. Ramadan Bayrami und das jüdische Yom Kippur sollen gesetzliche Feiertage in Baden-Württemberg und auch in ganz Deutschland werden, denn der Islam und das Judentum gehören zu Deutschland.

- **Das humanitäre Kirchenasyl für Geflüchtete** wollen wir verteidigen.
- **Den Sonntag als arbeitsfreien Tag** für Nicht-Schichtbeschäftigte werden wir gemeinsam mit Gewerkschaften und kirchlichen Verbänden verteidigen.
- **Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen** gemäß dem seit 1919 bestehenden Verfassungsauftrag.

Klimaschutz: konsequent und sozial gerecht

Die Klimakrise bedroht unsere Zukunft und sie verschärft die soziale Ungleichheit lokal und global. Menschen mit niedrigen Einkommen sind von der Klimakrise am stärksten betroffen – und sie tragen am wenigsten dazu bei. Das gilt auch global: Die Industriestaaten im globalen Norden sind die Verursacher der Klimakrise, unter der die Menschen im globalen Süden am stärksten leiden. Klimapolitik denken wir deshalb mit Klimagerechtigkeit, internationaler Solidarität und der Bekämpfung von Armut zusammen. Die Verursacher*innen der Krise müssen die Kosten tragen. Die Klimakrise lösen wir nur, wenn wir die Ursachen der Krise bekämpfen.

Um den Klimawandel zu stoppen, braucht es einen Wandel in unserer Wirtschaftsweise. Konzerne und Reiche müssen in die Verantwortung genommen werden. Menschen mit wenig Einkommen brauchen Entlastungen und Beschäftigte in der Industrie eine Arbeitsplatzgarantie für einen zukunftsfähigen und klimafreundlichen Arbeitsplatz. Wir setzen uns für Klimaneutralität bis 2035 ein. Das erreichen wir mit einer jährlichen Reduzierung des Klimagasausstoßes um mindestens 10-12 Prozent und mit ökologischen Maßnahmen, um die CO_2-Konzentration in der Atmosphäre zu verringern.

Die grün-schwarze Landesregierung hat ihre eigenen Klimaziele insbesondere in den Bereichen Verkehr und Energie krachend verfehlt.

Es braucht eine Klimastrategie, die die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft, Verkehrs- und Energiewende, den Schutz der Ökologie und Arten mit Maßnahmen der Klimaanpassung verbindet. Diese Klimastrategie muss mit einer gerechten Umverteilung der Klimakosten auf die Verursacher, die Konzerne und Reichen einhergehen.

Sozial-ökologische Transformation der Automobilindustrie

Seit Jahren verliert die Baden-Württembergische Industrie massiv Arbeitsplätze. In der Automobil- und Zuliefererindustrie – der Schlüsselbranche des Landes – wurden bereits Zehntausende von Arbeitsplätzen vernichtet. Der Einfluss der Automobilindustrie auf die Politik hat die Industrie in eine tiefe Krise gestürzt. Nicht die Abschaffung des Verbrennermotors, sondern das Festhalten daran, hat dazu geführt, dass die Absatz- und Exportzahlen der Automobilindustrie eingebrochen sind. Eine Politik nach Lobby- und Konzernwünschen bedroht Wohlstand und Arbeitsplätze. Eine Politik der sozial-ökologischen Transformation schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze und neuen Wohlstand.

Die Konzeptlosigkeit der grün-schwarzen Landesregierung ist erschreckend. Weder die klimapolitisch unverantwortbare Verlängerung des Verbrenners, die Luxusstrategie, teure und unverhältnismäßig große Autos zu bauen, noch die reine Antriebswende oder gar das

boomende Geschäft mit dem Tod, der Rüstungsindustrie, sind Lösungen im Interesse der Beschäftigten und der Mehrheit der Bevölkerung.

Die Arbeitsplatzvernichtung durch Standortschließungen und/oder Verlagerungen, selbst großer und namhafter Zulieferer, wie Bosch, Mann + Hummel, Eberspächer, Mahle Behr oder jetzt auch Mercedes nach Ungarn muss gestoppt werden.

Arbeitsplätze sichern, Mitbestimmung erweitern und Arbeitszeit verkürzen

Um Arbeitsplätze und Standorte zu sichern, fordert **Die Linke als Sofortmaßnahmen**:

- Kein Personalabbau durch Kündigungen. „Stunden entlassen statt Menschen“, durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Einkommensausgleich.
- Zukunft und Perspektive für die Beschäftigten mit verbindlichen Investitionsplänen und langfristigen Beschäftigungsgarantien.
- Qualifizierung statt Kurzarbeit.
- Transferqualifizierungsgeld für Beschäftigte, die sich weiterbilden bzw. höher qualifizieren in Höhe von 90 % vom bisherigen Entgelt.
- Die Fachhochschulen und Universitäten sollen für Beschäftigte geöffnet und attraktiver gemacht werden. Die Linke fordert die Weiterqualifizierung der Beschäftigten in Zukunftsberufen und Schlüsselqualifikationen, in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten und Gewerkschaften.
- Zukunft und Perspektive für die Jugend durch Erhalt der Ausbildungsplätze.
- Beschäftigungsbrücke für die älteren Beschäftigten in die ungekürzte Rente.
- Keine staatlichen Gelder ohne Garantien für Beschäftigung und Standorte.
- Sichere tarifliche Standards für die Beschäftigten.
- Die Belegschaften mit ihren Betriebsräten und die Gewerkschaften, müssen bei wichtigen Entscheidungen zur Beschäftigungs- und Standortsicherung ein Vetorecht bekommen.

Umbau der Automobilindustrie in eine nachhaltige Mobilitätsindustrie

Bei einer Erhöhung der Personenbeförderung durch Bahn und ÖPNV und einer deutlichen Erhöhung des Güterverkehrs auf der Schiene könnten bundesweit bis zu 400 000 gut bezahlte und qualifizierte Arbeitsplätze in der Mobilitätsindustrie geschaffen werden, davon 70-100 000 in Baden-Württemberg. Dazu ist der konsequente Umbau der Automobilindustrie in eine Mobilitätsindustrie erforderlich, damit außer weniger werdenden Autos, Ausrüstungsgüter für die Bahn und den ÖPNV, Lokomotiven, Wagons, Straßenbahnen, Elektro- und Elektrokleinbusse oder digitale Ausstattung des Verkehrsbereiches produziert werden kann.

Wir fordern:

- **Konversion und Transformation der Automobilkonzerne** und Zulieferer in die Produktion von nachhaltigen Mobilitätsgütern, unter Beteiligung der Betriebsräte und Gewerkschaften. Dazu hat die Landesregierung **Transformationsräte** zu bilden, die dafür ein tragfähiges Konzept erstellen. Mitglieder sind neben den Unternehmensvertretern, Betriebsräte, Gewerkschafter, Vertreter*innen von Kommunen, Umwelt- und Verkehrsverbänden sowie Vertreter*innen der Klimabewegung.
- Die Landesregierung setzt ein **industriepolitisches Strukturprogramm** auf, das gezielt **Gewerbe zur** Produktion **nachhaltiger Mobilität ansiedelt**. Ein Mix aus der Gründung von öffentlichen und der Ansiedlung von privaten Betrieben könnte diesem Programm Auftrieb verschaffen. Dafür wird ein **Strukturfond in Höhe von 2 Mrd. Euro** pro Haushaltsjahr gebildet.

- Über den Fonds werden **besonders Betriebe in genossenschaftlicher, belegschaftseigener oder öffentlicher Hand gefördert**.
- Zur **Unterstützung der Zuliefererbetriebe bei der Transformation**, besonders zur besseren Kapitalausstattung, zur Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und Produkte wird ein Investitionsprogramm von **jährlich 2 Mrd. Euro** aufgesetzt.
- **Verweigern die Betriebe** die nötige **Transformation** oder muss das Land öffentliche Unterstützung für den Erhalt von Betrieben leisten, wird die öffentliche Hand an den **Betrieben beteiligt oder übernimmt sie mehrheitlich oder strebt eine Vergesellschaftung** gemäß Paragraf 15 des Grundgesetzes **an**
- **Öffentliche Aufträge** werden **nur an Betriebe** vergeben, **die tarifgebunden sind** und bei denen **Betriebsräte gewählt wurden.**
- Der **Umbau der Automobilindustrie** in eine nachhaltige Mobilitätsindustrie bildet die Blaupause für die sozialökologische Transformation der gesamten Industrie. Dazu ist ein anspruchsvolles Investitionsprogramm in Infrastruktur und Klimaschutz erforderlich. Die Linke unterstützt die Forderungen des DGB Baden-Württemberg nach einem **Investitionsprogramm von 54,23 Milliarden in Klimaschutz und 52,9 Milliarden in die Infrastruktur in den nächsten 10 Jahren**.

Verkehrswende: nachhaltig und sozial

Baden-Württemberg gehört zu den Bundesländern mit der höchsten Autodichte: pro 1000 Einwohner*innen 613 Autos. Wer kein Auto besitzt, ist besonders im ländlichen Raum in seiner Mobilität stark eingeschränkt, weil kaum Busse fahren, kein Bahnanschluss besteht, Barrierefreiheit ein Fremdwort ist oder der ÖPNV mehr Lücken als Verlässlichkeit aufweist. In Städten wohnen viele mit niedrigen Einkommen an vielbefahrenen Straßen und tragen das Gesundheitsrisiko. Das wollen wir ändern. Schon allein aus klimapolitischen Gründen brauchen wir eine Mobilitätswende. Schließlich ist der Verkehr bundesweit für rund 1/5 der CO_2-Emissionen verantwortlich, im Ländle sind es rund 1/4.

Die Mobilitätsstudie der Technischen Universität Dresden aus dem Jahr 2023 zeigt, dass Frauen zwischen 30 und 50 deutlich mobiler als Männer sind, also mehr Wege zurücklegen. Das ist zurückzuführen auf die überdurchschnittliche Übernahme von Sorgetätigkeiten durch Frauen. Für uns bedeutet das, dass wir Mobilität und Verkehr feministisch denken müssen.

Viele Menschen haben Sorge, dass bei der Umstellung auf E-Mobilität die Kosten weiter hoch bleiben und die Langlebigkeit der Autos nicht gewährleistet ist. Um eine klimafreundliche und langlebige Mobilität zu gewährleisten, fordern wir ein gesichertes Recht auf Reparatur und die Produktion und Bevorratung entsprechender Ersatzteile. Mobilität ist eine wichtige Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe. Die Linke will eine Mobilitätsgarantie, dass jede*r Einwohner*in Baden-Württemberg jederzeit von A nach B kommt, ohne ein Auto besitzen zu müssen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird Die Linke im nächsten Landtag ein nachhaltiges Mobilitätskonzept vorlegen. Schwerpunkte sind:

- **Städte und Kommunen der kurzen Wege**: Die Besorgungen des täglichen Bedarfs, wie Bürgeramt, Lebensmittel einkaufen, Arztbesuche, Apotheke, usw. müssen in der Regel zu Fuß erreicht werden. Dazu sind die städtebaulichen Voraussetzungen und Förderprogramme für die Kommunen zu schaffen.
- **Fahrradwege** werden **zügig und umfassend ausgebaut.** Kinder müssen zu Fuß oder mit dem Fahrrad sicher zur Schule kommen. Radschnellwege an vorhandene Straßen koppeln. Keine weiteren Flächen für Asphaltstraßen verbrauchen, sondern vorhandene Straßen zurückbauen. Baden-Württemberg stockt die Mittel des

Bundes für den Ausbau der Fahrradwege um jährlich 100 Millionen Euro auf. Die Höchstförderbeträge für die Kommunen werden deutlich aufgestockt. Ärmere Kommunen sollen nicht das Nachsehen haben.

- **An den Treffpunkten für soziales Leben gibt es Mobilitätsstationen mit Umstiegs-, Leih- und Abstellmöglichkeiten für unterschiedliche Fahrzeuge**.
- **Landesweites Netz an Mobilitätsgenossenschaften etablieren:** die überwiegend rein individuelle Nutzung von Verkehrsmitteln ist eines der größten sozialen und ökologischen Probleme. Wir wollen Mobilität kollektiv, dem Allgemeinwohl und dem Klima verpflichtet denken. Deswegen fordern wir ein Förderprogramm zur Etablierung von Mobilitätsgenossenschaften, dort wo sie sinnvoll bisher unerfüllte Mobilitätsbedarfe erfüllen oder vorhandene ergänzen können.
- **Den ÖPNV kontinuierlich ausbauen**: **Im ländlichen Raum** werden **Taktzeiten von mindestens 30 Minuten** verwirklicht, so dass auch dort die Menschen ohne Auto mobil sind. Die letzte Strecke von der Endhaltestelle bis zum Wohngebiet wird durch den zügigen Ausbau eines Netzes beispielsweise von Kleinbussen und Ruftaxis abgedeckt.
- **Der oberirdische Hauptbahnhof Stuttgart muss erhalten und modernisiert werden – kein Abbau der Gleisanlagen.** Seine Kapazität wird nachweislich weiter gebraucht werden, um mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen. Mit der Verknüpfung von Fern-, Nah- und Regionalverkehr ist er eine unverzichtbare Voraussetzung, um nach Schweizer Vorbild einen attraktiven Taktverkehr realisieren zu können. Der immer weiter verschobene Betrieb des Tunnelbahnhofs kann die oberirdischen Gleise nicht ersetzen, allenfalls ergänzen. Das Gleisvorfeld des oberirdischen Hauptbahnhof sichert Stuttgart darüber hinaus wichtige Frischluftströme und Abkühlungswirkung.
- **Gäubahn-Trasse Zürich-Stuttgart darf nicht gekappt werden.** Sie muss direkt an den oberirdischen Stuttgarter Kopfbahnhof angeschlossen bleiben. Diese direkte Verbindung ohne Umstiegs-Zwänge ist für 1,5 Millionen Menschen in Anrainer-Städten und -Gemeinden der Gäubahn in Baden-Württemberg, in der Schweiz und Norditalien von höchster Bedeutung. Die Kappung der heute durchgehenden Zug-Verbindung treibt Reisende auf die Autobahn.
- **Bahnhöfe und Haltestellen**, wie auch der **Zugang zu Bussen und Bahnen** werden mit einem Sofortprogramm so aus- bzw. umgebaut, dass sie barrierefrei nutzbar sind. Das ermöglicht Menschen mit Behinderung Teilhabe und Mobilität und erleichtert älteren Menschen sowie Eltern mit Kleinkindern die Nutzung des ÖPNVs.“
- **Bahnhöfe, stillgelegte Gleisanlagen und Gleisstrecken** werden grundsätzlich **nicht mehr privatisiert, sondern reaktiviert**, um den Bahnverkehr zügig auszubauen.
- Die **Elektrifizierung der Bahnstrecken** ist in Baden-Württemberg mit 71 Prozent zu niedrig und geht viel zu langsam voran. Hier ist Beschleunigung angesagt – und nicht beim Bau neuer Autobahnen. Dort, wo eine Elektrifizierung der Bahnstrecke mittels Oberleitungen nicht möglich ist, kommen batteriebetrieben Züge zum Einsatz. Wasserstoffprojekte im Bahnverkehr sollen eingestellt werden, sie sind zu komplex, müssen wie Dieselfahrzeuge getankt werden.
- **Der Transport von Gütern auf der Schiene und den Bundeswasserstraßen wird ausgebaut**, damit das von der letzten Koalition verabschiedete Ziel von 25 Prozent Anteil erreicht wird. Gerade in den Ballungsräumen muss der Schwerlastverkehr auf den Straßen reduziert werden.
- Das **Deutschland-Ticket muss erhalten** bleiben, der Ticketpreis muss sinken. In einem ersten Schritt fordern wir ein flächendeckendes 29-Euro-Ticket und ein Ticket zum Nulltarif für Studierende, Schüler*innen, Auszubildende, Rentner*innen und einkommenslose bzw. einkommensschwache Menschen. **Wir fordern den ticketfreien ÖPNV.** Es hat sich gezeigt, dass günstige Tickets den Umstieg zu

Bussen und Bahn befördert. Die Landesregierung stellt dafür im Haushalt 400 Millionen jährlich zur Verfügung.

- Wir setzen uns für eine **Entkriminalisierung von Schwarzfahren** ein. Wer ohne Fahrkarte fährt, macht sich bisher strafbar. Gegen diese Kriminalisierung von Armut wenden wir uns entschieden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Landesregierung die **Regionalisierungsmittel** (die Gelder für den Schienenpersonennahverkehr) von 12,7 Mrd. auf 25,4 Mrd. Euro **verdoppelt**. Außerdem soll die Landesregierung ein Programm in Höhe von jährlich 500 Millionen Euro zur Finanzierung der kommunalen Verkehrsgesellschaften auflegen, damit der ÖPNV zügig ausgebaut werden kann.

Moratorium beim Ausbau von Straßen – Sanierung von Straßen und Brücken

Der Sanierungsbedarf bei den Brücken und Straßen in Baden-Württemberg ist enorm. Die Linke will durchsetzen, dass die Sanierung absoluten Vorrang hat, das heißt auch, dass der Aus- und Neubau von Autobahnen, Autobahnauffahrten und Bundesfernstraßen (z. B. die B31 West) gestoppt wird. Die freiwerdenden finanziellen Mittel, Planungs- sowie Baukapazitäten müssen dringend zur Sanierung eingesetzt werden.

Nachhaltige Verkehrsinfrastruktur in Kommunen und Städten

Die Linke will durch eine gute nachhaltige Verkehrsinfrastruktur die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der motorisierte Individual- und Güterverkehr deutlich reduziert wird. So können die Innenstädte und Kommunen die verkehrsarmen oder verkehrsfreien Zonen nach und nach ausdehnen. Damit wird Platz geschaffen, um die Kommunen und Städte stärker zu begrünen und Wasser hereinzuholen. Das ist vor dem Hintergrund der Klimaerwärmung dringend notwendig, um die Gesundheit der Einwohner*innen zu schützen und die Städte lebenswert zu machen. Damit es endlich auch in Baden-Württemberg Modellstädte gibt – und nicht nur in anderen europäischen Ländern – setzt die Landesregierung zur Finanzierung ein Programm von 100 Millionen Euro jährlich auf.

Für eine echte Energiewende

Die Energiewende ist ein zentraler Bestandteil des Kampfes gegen die Klimakrise. Wir fordern Klimaneutralität bis 2035 und ein konsequenteres Handeln der Landesregierung, welche ihr selbstgestecktes Ziel 2040 beim derzeitigen Kurs unmöglich einhalten wird. Insgesamt fehlte es den bisherigen Landesregierungen an einem durchdachten Konzept oder einer tragfähigen Vision für die Energiewende. Wir möchten durch eine stärkere Regionalisierung mehr Potenzial schaffen, Energienetze kommunal zu vernetzen und den jeweiligen Bedarf und die Produktion stärker zu kombinieren. Erneuerbare Energie ist nicht immer in gleicher Menge verfügbar, deshalb braucht es eine Infrastruktur, die damit optimal umgehen kann.

Neben der Stromerzeugung müssen auch der Wärmesektor und der Verkehr bei der Energiewende berücksichtigt werden. Dort sind keinerlei CO_2-Einsparungen seit 1990 zu verzeichnen. Den Einsatz von Wasserstoff sehen wir kritisch. Blauer Wasserstoff verbrennt zwar emissionsarm, braucht aber Gas für seine Erzeugung, und für die Produktion von grünem Wasserstoff werden gerade neue koloniale Ausbeutungsverhältnisse geschaffen wie z. B. in Namibia. Deshalb ist eine Senkung der geplanten Bedarfe und eine sinnvolle Nutzung des entstehenden Rohstoffs wichtig. Wir wollen eine echte Energiewende in Baden-Württemberg mit massivem Ausbau der erneuerbaren Energien ohne Hintertüren für fossile Energiequellen. Um dies steuern zu können, muss die Energieproduktion vollständig zurück in die öffentliche Hand. Rekommunalisierungen von Energieunternehmen und genossenschaftliche

Bürgerbeteiligung machen dies möglich. Wir wollen einen Ausbau der erneuerbaren Energien zum Vorteil der Menschen vor Ort: Wind- und Solarparks müssen nicht nur unter Beteiligung der Bürger*innen vor Ort, sondern in der Hand der Bürger*innen, direkt über die Kommune oder Genossenschaften realisiert werden.

Die Stromproduktion soll sich am Bedarf orientieren, und vor allem gilt es, Speicherkapazitäten auszubauen. Neben der Verkehrswende trägt auch die energetische Gebäudesanierung zu einer Reduzierung des Energiebedarfs bei. Wir wollen umfangreiche und attraktive Förderprogramme installieren, die ohne komplexe Antragsverfahren auch kleinere Betriebe und Unternehmen bei der Umrüstung unterstützen. Die Kosten für die energetische Sanierung von Wohngebäuden darf nicht auf die Mieter*innen umgewälzt werden. Wir setzen Anreize zur Energieeinsparung und fördern Technologien mit hoher Energieeffizienz. Dies senkt nicht nur die individuellen Kosten für die Verbraucher, sondern führt insgesamt zu einem geringeren Bedarf an Strom.

Eine soziale Energiewende ist eine echte Chance für unser Land. Regionale Energieprojekte sorgen für Arbeitsplätze und schaffen attraktive Standortvorteile für regional orientierte Betriebe. Eine dezentrale Energieversorgung führt zu mehr Autonomie in den Kommunen und eine flexible kommunale Planung.

Wir fordern:

- **Die Rekommunalisierung** der Energie- und Wasserversorgung.
- **Eine landesweite Förderung für** energetische Sanierung aller Immobilien.
- **Energie-Tarife, die geringen Verbrauch honorieren und hohen Verbrauch stärker belasten.**
- **Sozialtarife für Strom und Wärme** für Menschen mit geringem Einkommen. Sperrungen darf es nicht geben!
- **Ausbau erneuerbarer Energie** unter echter Beteiligung der Bürger*innen.
- **Investitionen in landesweite Forschungs- und Förderprogramme** für CO_2Reduktion und Steigerung der Energieeffizienz, sowie Grundlagenforschung, auch zu Speichertechnologie.
- **Förderung der Ausbildung von Fachkräften für die Energiewende.**
- **Die Wasserstoffproduktion muss grün erfolgen.** Wasserstoff soll dazu dienen, sowohl überschüssige elektrische Energie zu speichern als auch den Bedarf der Industrie, z. B. der Chemieindustrie, zu decken.
- Eine Strategie für Klimaneutralität die **Carbon Capture and Storage Technologien (CCS) unabhängig von Produktionsstätten** vorsieht, **lehnen wir ab**.

Sozial-ökologische Land- und Forstwirtschaft, Arten- und Tierschutz

Verfügbare regionale, ökologische und fair produzierte Nahrungsmittel für alle, ein widerstandsfähiger Wald und der Erhalt der biologischen Vielfalt sind wichtig für eine gute Ernährung und für den Erhalt einer gesunden Umwelt.

Dazu müssen wir unseren bisherigen Umgang mit der Umwelt radikal verändern und eine Transformation, besonders der Land- und Forstwirtschaft, einleiten. Die profitorientierte konventionelle Bewirtschaftung zerstört die Natur, und der globale Konkurrenzdruck belastet vor allem Kleinbäuer*innen.

Wir wollen eine Landwirtschaft mit regionaler Anbindung, um die Menschen mit gesunden, ökologisch und fair produzierten Nahrungsmitteln zu versorgen. Der Vertrieb über kleine Lebensmittelläden stärkt zusätzlich die lokale Wirtschaft. Kommunale Kantinen sollen in größeren Kommunen gesunde Mahlzeiten für alle zugänglich machen. Ausschreibungen für die Lebensmittelzubereitung oder -belieferungen in versorgende Einrichtungen wie Krankenhäusern, Pflegeheimen, Schulen und Kindergärten müssen die Kriterien regionaler und ökologischer Produktion beinhalten. Sofern Kommunen über Eigentum an landwirtschaftlichem Boden verfügen, ist die Verpachtung an Landwirt*innen mit der Produktion regional und ökologisch vermarkteter Lebensmittel zu knüpfen. Auf den die Städte umgebenden Äckern soll das Essen für die versorgenden Gemeinschaftseinrichtungen der Kommune produziert werden.

Für uns ist Boden ein Gemeingut und kein Spekulationsobjekt! Zu viel Land ist in Eigentum von Nichtlandwirten. Ackerland gehört in Bäuer*innenhand. Wir streben eine Landesbodenbörse an, um alle Verkäufe von Bodeneigentum unter demokratischer Kontrolle abzuwickeln. Eine Versiegelungssteuer soll Spekulationsgewinne aus Nutzungsänderungen von Agrarland abschöpfen und damit die Spekulation mit und den Verbrauch von Boden stoppen.

Die Regionalisierung stärkt kleinere Landwirtschaftsbetriebe und trägt gleichzeitig dazu bei, alternative Anbaumethoden wie Permakultur und Agroforst attraktiver zu machen, Streuobstwiesen zu erhalten und die Flächenversieglung zu beenden. Damit erhalten wir die Biodiversität und gewährleisten eine stabile Lebensmittelversorgung angesichts der Belastungen von Klimawandel und Artensterben.

Um unsere gegebenen Ressourcen optimal zu nutzen, wollen wir weg von der übermäßigen Nutztierhaltung und eine stärkere Förderung vielfältiger nicht-tierischer Produkte. Eine nachhaltige Landwirtschaft braucht keine Massentierhaltung.

Auch in der Forstwirtschaft ist eine stärkere Diversifizierung dringend notwendig. Besonders die noch bestehenden Monokulturen leiden massiv unter Schädlingen und Dürren. Weil höhere Artenvielfalt die Widerstandsfähigkeit der Wälder erhöht, fordern wir die flächendeckende Überführung des Waldbestandes in artenreiche Dauerwälder. Die Verjüngung der Wälder muss langfristig über Naturverjüngung erfolgen, bis auch in der Naturverjüngung Artenreichtum sichergestellt ist muss die Anlage von Voranbauten stark gefördert werden. Wir können den Wald als wichtige Rohstoffquelle, Klimaschutzfaktor und Lebensraum nicht weiter einer privatwirtschaftlichen Profitlogik unterwerfen, sondern müssen alles für den dauerhaften Erhalt naturnaher Wälder tun. Das bedeutet insbesondere, dass in Kommunal- und Landeswald keinerlei Gewinne abgeschöpft werden dürfen, sondern alle Erträge in die Pflege und den Waldumbau reinvestiert werden müssen.

Um all dies umsetzen zu können muss der Beruf der*s Landwirt*in und Forstwirt*in attraktiver werden. Neben guter Bezahlung und moderner Ausstattung braucht es eine ausreichende Finanzierung der Aus- und Weiterbildung, sowie Modernisierung der Ausbildungsstätten und speziell Schulungen über den Naturschutz, Klimaanpassungen und ein nachhaltiges Wassermanagement. Das Land Baden-Württemberg soll die Weiterbildung zum geprüften Natur- und Landschaftspfleger auf Meister-Niveau zukünftig selbst anbieten.

Der Schutz von Tieren liegt uns am Herzen. Wir wollen verhindern, dass Wildtiere aufgrund von Flächenfraß und Baumaßnahmen zurückgedrängt werden. Wir setzen uns für eine natürliche Regulierung der Artbestände und sinnvolle Maßnahmen zur Lösung des Mensch-Wildtier-Konfliktes ein. Die Biotopvernetzung muss auch über den

Generalwildwegeplan hinaus in der Fläche ankommen. Das überflüssige Schießen von Wildtieren, z. B. Füchsen, lehnen wir ab.

Landwirtschaft

- **Wochenmarkt statt Weltmarkt:** Regionale Produkte und Vermarktung fördern.
- **Lokale Essensausgaben** für gesunde und günstige Mahlzeiten.
- Gezielte **Anreizstruktur für landwirtschaftliche Betriebe** schaffen, um auf 100 Prozent ökologische und nachhaltige Bewirtschaftung umzustellen.
- **Kunstdüngereintrag reduzieren** und **giftige Spritzmittel verbieten** und stattdessen **alternative Anbaumethoden fördern.**

Forstwirtschaft

- **Stärkung regionaler** und langlebiger Nutzung **forstwirtschaftlicher Erzeugnisse.**
- Im Staatswald 40% und in Privatwäldern 30% **Dauerwald** einrichten.
- Umwandlung naturferner Wälder in **naturnahe Waldökosysteme**.
- **Steigerung der Attraktivität** von **Forstberufen. A**usreichende **Finanzierung** der **Aus- und Weiterbildung** über ForstBW.
- **Schulungen, Fortbildungen und Beratung** der Waldbesitzer*innen zu **Waldnaturschutz, Klimaanpassung, Waldpädagogik und Wassermanagement.**

Ökologie und Artenschutz

- **Die Naturschutzstrategie des Landes** umsetzen und **Natura2000-Gebiete** besser schützen.
- **Naturschutzgebiete, Au- und Bannwälder** ausweiten; **Bach-, Flussläufe**, trockengelegte **Moorgebiete** renaturieren.
- **Wiesen und Streuobstwiesen besser schützen.** Biodiversitätsstärkungsgesetz und Naturschutzgesetz verbessern.
- **Ausbau von Kiesgruben im Altdorfer Wald stoppen.**
- **Stadtbegrünung fördern,** zur Abmilderung der zunehmenden Hitze.
- **Flächenverbrauch stoppen**. Wir streben einen bilanzierten Netto-Null-Flächen-Verbrauch ab 2030 an, insbesondere für neue Gewerbegebiete, Baugebiete und Straßen. Keine weitere Zerschneidung von offenen Landschaften.

Tierschutz

- Förderung einer **flächengebundenen artgerechten Nutztierhaltung** und **regelmäßige Veterinärkontrollen** sowie einer **Reduktion tierischer Produkte.**
- **Primatenversuche** in Baden-Württemberg verbieten. Alternative Verfahren zu Tierversuchen fördern und als Standard festsetzen.
- **Wildtieren in Zirkusbetrieben sowie Weihnachtskrippen mit lebenden Tieren auf Weihnachtsmärkten verbieten.**
- **Förderung** von Maßnahmen zum **Herdenschutz**

Frieden und Demokratie verteidigen

Konsequent für Frieden

Die Linke setzt sich dafür ein, unsere Gesellschaft und unser Land friedensfähig zu machen. „Kriegstüchtigkeit“ wie sie Parteien von Grünen über SPD bis CDU/CSU fordern,

lehnen wir entschieden ab. Kriege und Gewalt sind kein Mittel zur Konfliktlösung. Baden-Württemberg als Militär-, Rüstungsforschungs- und Produktionsstandort steht dabei in besonderer Verantwortung.

Die von der Landesregierung geplanten Ansiedlungen weiterer Rüstungsbetriebe im Land sind kontraproduktiv zum Umwelt- und Klimaschutz. Hoher Treibstoffverbrauch, energieintensive Waffenproduktion, Flächenbrände bei Übungen: Das Militär ist eine der klimaschädlichsten Einrichtung der Menschheit. Die Bundesregierung will bis 2030 die Klimaneutralität der Bundesverwaltung erreichen. Unserer Ansicht nach ist das unmöglich, wenn wir uns anschauen, was durch die Hochrüstung und die sogenannten Bundeswehr-Sondervermögen an neuen Kampfsystemen entwickelt werden soll. Solche Großprojekte sind nicht auf Klimaneutralität ausgelegt.

Im Gegensatz zur Politik der Landesregierung steht die Linke für eine konsequente Friedens- und Abrüstungspolitik. Wir wollen zivile Freiräume stärken. Wir kämpfen entschieden gegen die Einführung eines Bundeswehr-Förderungsgesetzes, das Zivilklauseln verbieten würde und der Bundeswehr privilegierten Zugriff auf Forschungsergebnisse und in Klassenräume gewährt. Wir stehen für freie und zivile Bildung und Forschung, die den Frieden und die Zusammenarbeit der Völker unterstützt!

Die Zuspitzung internationaler Konflikte unter Einsatz von Waffen haben gezeigt, dass Gewalt kein Mittel zur politischen Konfliktlösung ist. Die Linke will Krieg und Militarisierung überwinden und lehnt Einsätze der Bundeswehr im Innern und im Ausland konsequent ab. Wir wollen ein Land von dem Friedenserziehung ausgeht und das für ein friedliches Miteinander, für Entmilitarisierung und Rüstungskonversion steht.

Wir fordern:

- **Busse und Züge statt Panzer**! Den Versuch der Landesregierung, die strauchelnde Automobilindustrie durch Konversion hin zur Rüstungsindustrie zu retten, ist grundlegend falsch. Baden-Württemberg muss ein Land werden, in dem nicht für den Krieg, sondern für den Frieden produziert, geforscht und entwickelt wird.
- **keine Subventionen und Fördergelder** mehr für Betriebe und Konzerne, die an **Forschung und Herstellung von Rüstungsgütern und Kampfstoffen** beteiligt sind und immense Gewinne erzielen, sondern Unterstützung für Betriebe, die dem Label Ziviler Betrieb beitreten.
- die Unterstützung der Landesregierung für Betriebe, die Forschung und Produktion von Rüstungsgütern auf zivile Produktion umstellen
- **keine Wiedereinführung der Wehrpflicht**. Nein zur Wehrerfassung junger Menschen und zu allen Zwangsdiensten. Stattdessen wollen wir zivile und gesellschaftliche sinnvolle Formen von Freiwilligendiensten, die gut finanziell ausgestattet sind und fachlich begleitet werden.
- **den ICAN-Appell** (für ein atomwaffenfreies Baden-Württemberg) zu unterzeichnen, wie in Bremen, Berlin, Hamburg und Rheinland-Pfalz analog bereits geschehen.
- **keine Stationierung von Mittelstreckenraketen.**
- alle kriegsrelevanten Bundeswehr-Liegenschaften und alle ausländischen **Militärstützpunkte sofort zu schließen**, insbesondere die militärischen US-amerikanischen Kommandozentralen EUCOM und AFRICOM in Stuttgart sowie JSEC in Ulm. Damit friedens- und sozialpolitische Ziele nicht gegeneinander ausgespielt werden, müssen die betroffenen Regionen mit umfassenden finanziellen und infrastrukturellen Maßnahmen unterstützt werden.
- die konsequente Trennung von polizeilichen, militärischen und geheimdienstlichen Aufgaben.
- **keinen Einsatz der Bundeswehr für polizeiliche Aufgaben.**

- **Bundeswehr raus aus den Schulen und Bildungseinrichtungen**: den sofortigen Stopp von Anwerbe-Versuchen der Bundeswehr in Schulen, Hochschulen, bei Ausbildungsmessen und Arbeitsagenturen.
- die Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention, die eine Werbung von unter 18-Jährigen verbietet.
- die sofortige Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Kultusministerium. Die Bundeswehr hat in Schulen und Bildungseinrichtungen nichts zu suchen.
- **Ausbau der Friedensbildung**
- Auf- und Ausbau der **kritischen Friedenswissenschaften** an den Hochschulen, die Ausbildung von Fachkräften für den zivilen Friedensdienst, freiwillige Friedensdienst für Jugendliche und Erwachsene sowie den Ausbau internationaler Begegnungen.
- die seit 2007 existierende Zivil-Militärische Zusammenarbeit zwischen zivilem Katastrophenschutz und militärischem Zivilschutz (ZMZ) muss beendet werden. Angeblich geht es dabei um die Unterstützung von zivilen Behörden beim Katastrophenschutz. Tatsächlich werden der zivile Katastrophenschutz und der militärische Zivilschutz, der für den Kriegsfall gedacht war, zusammengelegt. Wir fordern stattdessen den Ausbau des zivilen Katastrophenschutzes in der Verantwortung der Kommunen mit besserer finanzieller Ausstattung.
- Im Rahmen des sogenannten Operationsplans Deutschland sollen auch Bundesländer und Kommunen fit gemacht werden für einen Kriegsfall und für den Aufmarsch von NATO-Militärs Richtung Osten. Dafür soll systematisch ziviles Personal und zivile Infrastruktur (von Brücken bis Krankenhäuser) für die militärische Mobilisierung vorbereitet werden. Die Linke lehnt eine Indienststellung ziviler Ressourcen fürs Militär ab und fordert Aktionspläne für rein zivile Konfliktbearbeitung.
- eine nachhaltige friedenspolitische Entwicklung gemeinsam mit Beschäftigten, Kommunen und friedenspolitischen Initiativen zu entwickeln.

Grundrechte schützen

Demokratie lebt davon, dass staatliche Macht kontrolliert und begrenzt, die Rechte aller Menschen gewahrt und Grundrechte geschützt werden. Das geht nur, wenn alle Menschen gleichbehandelt werden und die Menschenwürde an erster Stelle steht. Diese Grundlage unserer Gesellschaft wird von Rechtsextremen, aber auch von konservativen Politikern öffentlich angegriffen. Auch die starke Vermögenskonzentration in den Händen weniger Superreicher mit wachsendem Einfluss bedroht die Demokratie. Die Zahl rechtsextremer Gewalttaten und Hassverbrechen steigt. Auch die Zahl von Femiziden, von Morden an Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts und im Kontext patriarchaler Strukturen, nimmt stetig zu.

Sicherheit, die wir meinen ...

Für Die Linke steht die Sicherheit aller Menschen im Mittelpunkt. Sicherheit entsteht nicht durch mehr Überwachung, sondern wenn alle wissen, dass sie morgen noch genug zu essen, einen Platz zum Schlafen und ihren Job haben. Sicherheit bedeutet, dass Menschen darauf vertrauen können, dass sie bei Krankheit bestmöglich versorgt werden und nach einem langen Arbeitsleben eine ausreichende Rente bekommen. Sicherheit bedeutet auch, dass Menschen ohne Angst vor Unterdrückung und Staatsgewalt ihre Anliegen ausdrücken und ihre Interessen vertreten können.

Alle Menschen müssen nach Artikel 3 unseres Grundgesetzes dieselben Chancen in der Gesellschaft haben und von Behörden und Polizei gleichbehandelt werden – auch im Verdachtsfall. Das gilt unabhängig von ihrem Geschlecht und geschlechtlichen Identität, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Herkunft, ihrer Staatsbürgerschaft, ihren sozialen Verhältnissen und ihrer Religion.

Wir fordern:

- **Die Rücknahme** der unter CDU und Grünen beschlossenen Sicherheitspakete und ein Ende der Militarisierung der Polizei, etwa durch gepanzerte Fahrzeuge oder Explosivmittel.
- **Quittungssystem zur Prävention von Rassismus und Gewalt:** Konkrete Erfahrungen und Forschung haben bewiesen, dass Rassismus und unrechtmäßige Polizeigewalt massiv abnehmen, wenn die Polizei nach Bremer Vorbild verpflichtet wird, Betroffenen polizeilicher Maßnahmen eine Quittung mit allen Informationen über diese Maßnahme auszufertigen. Eine solche Quittung muss verpflichtend erfolgen und nicht erst nach Aufforderung.
- **Verdachtsunabhängige** polizeiliche **Kontrollen** lehnen wir ab.
- **Präventivhaft** für politische Aktivist*innen lehnen wir ab.
- **Der Strafrechts-Paragraf 129a** (Bildung terroristischer Vereinigungen), dessen Abschaffung die Linke fordert, darf nicht zur Unterdrückung politischer Proteste missbraucht werden.
- **Biometrische Bilderfassungssysteme** lehnen wir ab, ebenso wie Gesichtserkennung allgemein. Diese Programme stehen den Grundsätzen von Demokratie und Menschenrechten entgegen.
- **Die Einführung der Polizeisoftware Palantir** des US-Milliardärs Peter Thiel lehnen wir entschieden ab. Bestehende Verträge müssen umgehend gekündigt werden.
- **Die Versammlungsfreiheit** ist ein Grundrecht und wichtiges Element gelebter Demokratie. **Die Videoüberwachung** von Versammlungen und öffentlichen Plätzen muss ein Ende haben. Sie schafft keine Sicherheit, sondern verlagert allenfalls Kriminalität.
- **Die Stelle des*der Bürgerbeauftragten** muss zu einer unabhängigen Ermittlungsbehörde für polizeiliches Fehlverhalten weiterentwickelt und um unabhängige Ermittlungsstellen zur strafrechtlichen Verfolgung rechter Netzwerke in der Polizei ergänzt werden.
- **Polizeiführung ohne parteipolitische Einflussnahme:** Polizeipräsidien und LKA sollen nicht von dem Innenminister unterworfenen politischen Beamt*innen geführt werden, sondern von unabhängigen Beamt*innen.
- **Disziplinarverfahren müssen transparenter werden.** Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, was mit Beamten geschieht, die nachweislich in rechten Netzwerken aktiv sind und rassistische, frauen- und queerfeindliche sowie faschistische Feindbilder vertreten.
- **Wir wollen eine individuelle Kennzeichnungspflicht** für Polizist*innen durchsetzen.
- **Bodycams** müssen während der Einsatzzeit im öffentlichen Raum eingeschaltet bleiben. Die Aufnahmen müssen bei einer von der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden unabhängigen Datenschutzstelle gespeichert werden.

- **Wir brauchen ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz mit einem Verbandsklagerecht gegen Sicherheitsbehörden.** Für Betroffene von Diskriminierung und rassistischer und/oder sexualisierter Polizeigewalt muss es eine Beweiserleichterung geben.
- **Entwaffnung und Deeskalation** muss zentraler Gegenstand der Polizeiausbildung werden, um Gewalt oder gar Todesfälle bei oder durch polizeiliche Einsätze zu verhindern. Falls notwendig, muss hierfür die polizeiliche Ausbildung verlängert werden.
- **Sanitäter*innen, Streetworker*innen, psychosoziale Notdienste und Konflikthilfeteams** helfen in Konfliktsituationen häufig besser als die Polizei. Wir wollen diese Stellen nicht nur ausbauen und besser ausstatten, sondern auch mit einem Teil des Polizeibudgets in eine strafverfolgungsunabhängige Behörde zur Konfliktbearbeitung und zur verpflichtenden Begleitung polizeilichen Arbeitens zusammenführen.
- **In der Ausbildung bei Polizei, Justiz und Verwaltung** muss ein sensibler Umgang mit Fällen von Gewalt gegen Frauen und FLINTA* stärker gewichtet werden (siehe auch „Linker Feminismus: Frauen- und Queerpolitik“).
- **Sicherheitskonzepte neu denken:** Wir brauchen ein Maßnahmenpaket für Sicherheit mit Investitionen in gesundheitliche und soziale Arbeit, Jugendarbeit und Maßnahmen gegen Drogenabhängigkeit.
- **Den Verfassungsschutz und das V-Leute-System** wollen wir abschaffen und den Kampf gegen Verfassungs- und Menschenfeinde wissenschaftlich, über das Strafrecht und durch bürgerschaftliche Initiativen führen.
- **Die Opfer der Berufsverbote** müssen endlich entschädigt werden.
- **Keine Privatisierung polizeilicher Aufgaben** etwa durch private Sicherheitsdienste!
- **Ausbau von Zoll- und Steuerfahndung** und mehr Personal bei den Finanzämtern. Jedes Jahr entgehen dem Staat Milliarden an Steuern durch schwerwiegende Steuerhinterziehung.
- **Wir wollen organisierte Kriminalität bekämpfen** und über eine Bundesrats-Initiative die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen FIU ausbauen.
- **Grundrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit** wollen wir stärken. Anlasslose Massenüberwachung ist grundgesetzwidrig. Die Vorratsdatenspeicherung lehnen wir ab.
- **Hass im Netz, Doxing und Cyberstalking** wollen wir gezielt bekämpfen und Plattformen stärker in die Pflicht nehmen.
- **Femizide,** die vorsätzliche Tötung von Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts (oft im Kontext patriarchaler Strukturen), müssen auf Landesebene realistisch erfasst werden (siehe auch „Linker Feminismus: Frauen- und Queerpolitik“).

Rechtsstaatlichkeit sichern: Strafverfolgung, Strafvollzug und Justiz

Die Resozialisierung von Straftäter*innen ist ein wesentliches Ziel des Strafvollzugs. Es wird durch die Institution Gefängnis grundsätzlich untergraben. Der Freiheitsentzug bereitet nicht auf ein selbstständiges und verantwortungsvolles Leben in Freiheit vor. Die

Hälfte der verurteilten Straftäter wird rückfällig. Viele finden nach der Haft weder Job noch Wohnung. Wir sind gegen Zwangsarbeit in Gefängnissen, von der kapitalistische Unternehmen profitieren und die Gefangene in ein Leben in Armut schickt. Statt auf Repression setzen wir auf Prävention, besonders bei Jugendlichen.

Zugleich ist die Justiz auch in Baden-Württemberg wie in ganz Deutschland überlastet. Es fehlt an Richter*innen und Staatsanwält*innen. Wegen dieses Mangels bleiben berechtigte Anliegen etwa wegen Hass und Hetze immer häufiger über Monate und Jahre hinweg liegen oder werden unter Vorwänden und wegen vermeintlicher Geringfügigkeit zurückgewiesen. Als Linke stehen wir für eine ausreichende Personalausstattung der Justizbehörden, damit die Menschen zu ihrem Recht kommen. Gleichzeitig setzen wir uns für eine stärkere politische Unabhängigkeit der Justiz ein und stärken damit den Rechtsstaat.

Wir fordern:

- **Die Unterfinanzierung der Strafjustiz und des Strafvollzugs und die Überbelegung** von Gefängniszellen müssen beendet werden.
- **Eine Durchsetzung des Gewaltenteilungsprinzips und eine Demokratisierung der Justiz:** Richter*innen und Staatsanwält*innen sollen ausschließlich durch Richter*innenwahlausschüsse ernannt werden statt wie bisher unter maßgeblichem Einfluss der Justizminister*innen. Zur Sicherung der strukturellen Unabhängigkeit der Justiz wollen wir die Selbstverwaltung der Gerichte und Staatsanwaltschaften durch Justizräte einführen.
- **Gesetzlicher Mindestlohn auch in Gefängnisbetrieben,** volle Sozialversicherung und eine Gesundheitsversorgung für Strafgefangene, die den Vorgaben der gesetzlichen Krankenversicherung entspricht.
- **Der Zugang zum Internet, zu Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen** und Weiterbildung für Strafgefangene müssen sichergestellt werden.
- **Justizvollzugsanstalten** dürfen nicht (teil)privatisiert werden.
- **Unabhängige Beschwerdestellen** für Strafgefangene schaffen!
- **Profitorientierte Unternehmen** dürfen keine Geschäfte mit Gefangenen machen.
- **Eine Expert*innenkommission zur grundsätzlichen Reform des Strafvollzugs und der Strafverfolgung**, damit der gerichtlich und gesetzlich festgelegte Vorrang von Resozialisierung vor Strafe tatsächlich umgesetzt wird. Die Kommission soll auch strukturelle Fehlkonstruktionen in den Behörden aufspüren, die Menschenrechts- und Demokratiedefizite begünstigen. Besetzt werden soll die Kommission mit Vertreter*innen aus Antirepressionsorganisationen und Akademiker*innen mit dem Schwerpunkt Strafvollzugs- und Strafverfolgungssysteme. Die Mitglieder dürfen nicht selbst Teil dieser Strukturen sein.

Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen

Unsere Demokratie in Baden-Württemberg und Deutschland ist nicht perfekt und doch die beste, die wir bisher hatten. Gleichzeitig steht sie von verschiedener Seite unter Beschuss. Bürgerproteste sind durch die Regierungsparteien der Mitte nur gerne gesehen, solange sie ein reibungsloses Durchregieren nicht behindern, Superreiche

erkaufen sich mit einer Flut von Lobbyist*innen und gigantischen Parteispenden einen exklusiven Zugang zu politischen Entscheidungsträger*innen. Die autoritäre und extreme Rechte möchte alle, die nicht in ihr Weltbild passen, von der demokratischen Mitbestimmung ausschließen und Deutschland insgesamt autoritär umbauen. Hinzu kommt, dass die momentane Weltlage voller Krisen viele Menschen verunsichert. Existenzängste machen sie anfällig für rechten Populismus.

Diesen Entwicklungen stellt sich Die Linke entgegen. Sie verteidigt die bestehende Demokratie und kämpft zugleich für deren Ausweitung etwa in Bereiche wie Unternehmen und Wirtschaft. Denn Demokratie ist für uns die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, unverzichtbar und muss auch dort Einzug halten, wo bisher von oben nach unten entschieden wird. Dies gelingt über gute Sozialpolitik, die Förderung politischer Bildung, kritischen Denkens und der Fähigkeit zur Empathie, aber auch durch mehr Möglichkeiten für direkte Demokratie und bürgerschaftliche Beteiligung. Es muss den Menschen leichter gemacht werden, sich einzubringen und mitzuentscheiden. Die hierdurch erfahrene Selbstwirksamkeit schwächt autoritäres Gedankengut. Gleichzeitig sagen wir: Kein Schritt nach rechts! Wir setzen uns konsequent gegen menschenfeindliche und diskriminierende Einstellungen ein. Gegen sie vorzugehen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Wir fordern:

- **Brandmauer verteidigen:** keine Zusammenarbeit mit der AfD auf allen Ebenen.
- **Mehr präventive Angebote** gegen Rechtsextremismus, besonders an Schulen.
- **Förderung demokratischer Jugendarbeit**, Jugendbildung, selbstverwalteter Räume und der Parlamentsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen.
- **Wehrhafte Zivilgesellschaft unterstützen:** Wir setzen uns für die Förderung von zivilgesellschaftlichen Bewegungen ein, die sich kritisch mit demokratiegefährdenden Tendenzen und ihren Ursachen auseinandersetzen.
- **Demokratiefördergesetz** zur Verstetigung der finanziellen Mittel für Strukturen der Demokratieförderung.
- **Einführung einer Antifaschismus-Klausel in der Landesverfassung:** Sie verpflichtet alle staatlichen Institutionen daran mitzuwirken, die extreme Rechte zurückzudrängen. Insbesondere die AfD als parlamentarischer Arm der extremen Rechten muss durch alle Möglichkeiten, die dem Staat zur Verfügung stehen, bekämpft werden.
- **Entwicklung eines Gesamtkonzepts gegen Rechtsextremismus** analog zu Thüringen oder Sachsen.
- **Konsequente Entwaffnung der rechten Szene** und Bekämpfung rechter Netzwerke durch behördliche Mittel bis zum Verbot.
- **Mehr aktive Erinnerungspolitik** an die Opfer des deutschen Nationalsozialismus, den Widerstand gegen ihn und an die Verbrechen des deutschen Kolonialismus. Hierfür muss mehr Fachpersonal zur Förderung der aktiven Bildungspolitik eingestellt werden, und die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg muss finanziell besser ausgestattet werden. Ohne Wissen kann sich kein historisches Bewusstsein entwickeln.

- **Mehr Transparenz:** Wir wollen nach dem Vorbild anderer Bundesländer ein Transparenzgesetz verabschieden, das den Zugang zu Informationen der öffentlichen Verwaltung deutlich verbessert.

Mehr Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik

Die Auswirkungen der Politik in den Kommunen und Landkreisen spüren die Menschen in ihrem Alltag ganz unmittelbar. Deshalb müssen die Möglichkeiten der Bürger*innen verbessert werden, sich einzubringen und zu beteiligen. Das kann einfach und niederschwellig durch eine Stärkung von Elementen der direkten Demokratie gelingen. Doch vor allem die Landkreisebene ist sehr weit weg von den Menschen. So wird etwa der Landrat in Baden-Württemberg nicht, wie fast sonst überall, von den Bürgern gewählt, sondern vom Kreistag. Das muss sich ändern!

Wir fordern:

- **Einwohneranträge vereinfachen:** Es muss einfacher werden, Anliegen auf die Tagesordnung von Gemeinderatssitzungen zu bringen und sie dort selbst vorzustellen. Auch spontane Anhörungen von Einwohner*innen sollen in Ratssitzungen künftig möglich sein.
- **Bürgerbegehren in den Kommunen und Bürgerentscheide** wollen wir erleichtern, ohne bestehende Quoren, Fristen oder Themenausschlüsse zu ändern.
- **Kinder müssen ebenso wie Jugendliche** verpflichtend an der demokratischen Willensbildung in den Kommunen beteiligt werden, etwa durch Kinderräte, Jugendräte, Kinderforen, Jugendforen und der Beteiligung an Projekten.
- **Wir wollen die politische Teilhabe** von Migrant*innen und Geflüchteten stärken, etwa durch verpflichtende Migrations- oder Integrationsbeiräte in den Kommunen.
- **Beteiligungsbeauftragte** sollen in jeder Kommune darauf achten, dass alle Altersgruppen und soziale Gruppen einbezogen werden.
- **Wir fordern die Direktwahl** der Landräte und aller Regionalversammlungen.
- **Partizipation im Landkreis:** Wir wollen Bürgerbegehren und Einwohneranträge auch auf der Landkreisebene ermöglichen.
- **Abwählbarkeit von Bürgermeistern und Landräten ermöglichen:** Für den Fall, dass Bürgermeister*innen oder Landrät*innen während ihrer achtjährigen Amtszeit für Gemeinderat oder Kreistag und Bürgerschaft zu einer untragbaren Belastung werden, wollen wir die Möglichkeit einer Abwahl unter hohen Hürden schaffen.

Landespolitik mitgestalten

- **Volksanträge, Volksbegehren und Volksabstimmungen** wollen wir auf Landesebene bürgerfreundlicher ausgestalten. So soll das Quorum bei Volksanträgen auf 20 000 Stimmen halbiert werden, und es soll eine frühzeitige und kostenlose Beratung durch das zuständige Ministerium vor Beginn der Unterschriftensammlung geben. Auch wollen wir eine Onlineeintragung ermöglichen.

- **Die dialogische Bürgerbeteiligung** wollen wir durch ein geeignetes Förderprogramm finanziell unterstützen, von einer Fokussierung auf losbasierte Kleingruppen aber absehen.
- Es soll eine **dauerhafte Stelle für Bürger*innenbeteiligung** eingerichtet werden.
- **Ein landesweites Paritätsgesetz** soll einen Frauenanteil mindestens entsprechend dem Bevölkerungsanteil im Landtag in Baden-Württemberg gesetzlich verankern.
- **Wer hier lebt, soll auch hier wählen:** Alle Menschen über 16 Jahre, die seit mindestens fünf Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Baden-Württemberg haben, sollen das uneingeschränkte Wahlrecht erhalten.
- **Ein baden-württembergisches Transparenzregister, das seinen Namen verdient:** Wir wollen die Lücken im Lobbyregister schließen. Nicht nur Organisationen und Verbände, sondern auch Einzellobbyist*innen müssen im Register erfasst werden.
- Wir fordern eine **moderne Antikorruptionsarbeit** durch Einführung eines Registers bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Ehrenamt fördern

Ohne Ehrenamt kann eine solidarische Gesellschaft nicht bestehen. Ob im Sportverein, beim Deutschen Roten Kreuzes oder in anderen Bereichen fehlen von Jahr zu Jahr mehr Menschen, die bereit sind, sich aktiv zu beteiligen. So muss etwa das Sportangebot auch für Kinder und Jugendliche immer mehr eingeschränkt werden.

Wir wollen ehrenamtliches Engagement fördern und Anreize geben, sich mehr im öffentlichen Leben einzubringen. Dadurch wird auch soziale Teilhabe gefördert und ein Beitrag zur Bekämpfung von Einsamkeit geleistet. Hierzu ist es vor allem nötig, Menschen ins Ehrenamt zu holen. Sind sie erst einmal in diesen Strukturen angekommen, sind Engagement und Bereitschaft meist groß.

Die Linke fordert:

- **Mehr Anerkennung** von Ehrenamt etwa durch die Erhöhung von Übungsleiterpauschalen.
- **Förderung der Kooperation zwischen Vereinen und Schulen** im AG-Bereich, um junge Menschen auch gesellschaftlich besser einzubinden.
- **Ermäßigungen in Museen, Schwimmbädern, Kinos** und anderen Kultur- und Freizeiteinrichtungen für Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren.
- **Erstattung aller Fahrtkosten** ehrenamtlich Engagierter über den Jahressteuerausgleich, ohne Mindestbetrag für Fahrten mit dem Auto, die besonders im ländlichen Raum oft unverzichtbar sind.

Wir vergessen nicht: Erinnerungskultur stärken

Rassismus und rechte Hetze nehmen auch in Baden-Württemberg zu. Umso wichtiger ist es, sich der Verantwortung, die sich aus der deutschen Geschichte ergibt, zu stellen. Nur eine attraktive und zwangfreie Erinnerungskultur kann dazu einen Beitrag leisten.

Wir setzen uns im Landtag dafür ein

- dass das Land die Kosten von Schul- und Bildungsfahrten zu Gedenkstätten nationalsozialistischer Verfolgung sowie zu Stätten der Erinnerungskultur wie Museen und Erinnerungsorten der fortschrittlichen Bewegungen wie Demokratie-, Frauen-, Friedens-, Arbeiter*innen- und Umweltbewegung übernimmt.
- die Landeszentrale für politische Bildung so auszustatten, dass sie diese Bildungsfahrten mit Beratung, Fortbildung und ansprechendem Begleitmaterial unterstützen kann.
- antifaschistische Dokumentations- und Lernzentren und ihr pädagogisches Programm zu fördern.
- interdisziplinäre Forschungsschwerpunkte an Universitäten und Hochschulen zum Themenbereich Faschismus, Rassismus und Militarismus einzurichten.
- die Gemeinnützigkeit von antifaschistischen Organisationen wie VVN/BdA zu schützen und diese steuerlich zu fördern.
- dass die Landeszentrale die Kommunen bei der Überprüfung von Denkmälern und Straßennamen mit kolonialem Hintergrund unterstützt.

Antrag S01:

Antragsteller*in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge folgende Änderung der Wahlordnung §2 (3) beschließen.
Hinzufügen von (3) d) Wahl stv. Landesschatzmeister/in:

§ 2 Wahl des Landesvorstands

(1) Der Landesvorstand besteht aus 20 Mitgliedern. Davon gehören 6 Mitglieder dem geschäftsführenden Landesvorstand an, einschließlich Landesschatzmeister/in und der Land essprecher/innen des Landesverbands. Abweichungen davon kann der Landesparteitag mit absoluter Mehrheit beschließen.

(2) Der Landesvorstand wird vom Landesparteitag nach den Vorgaben der Bundeswahlordnung gewählt, auf Beschluss des Landesparteitages ggf. auch nach § 5 der Landeswahlordnung.

(3) Dabei sind folgende Wahlgänge in der genannten Reihenfolge unter Ber ücksichtigung der Mindestquotierung für den geschäftsführenden Landesvorstand durchzuführen:

a) Wahl der 2 Landessprecher/innen;
b) Wahl Landesschatzmeister/in;
c) Wahl von 3 weiteren Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstands;
d) Wahl stv. Landesschatzmeister/in
e) Wahl der weiblichen Mitglieder des erweiterten Landesvorstands;
f) Wahl der weiteren Mitglieder des erweiterten Landesvorstands.

Antrag S02:

Antragsteller*in: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge folgende Änderung der Landesatzung beschließen:

Landessatzung §2 (1) und (2) werden wie folgt geändert.

§ 2 Name, Sitz, Zweck und Tätigkeitsgebiet

(1) Der Landesverband führt den Namen Die Linke Landesverband Baden-Württemberg

(2) Die Kurzbezeichnung lautet Die Linke Baden-Württemberg

Begründung:

Anpassung der Namensschreibweise gemäß der Änderung der Bundessatzung